

bundessparte
**industrie
aktuell**

wissenschaftliches institut

2016 3/4



Sigi Menz

Reformen. Zielgerichtet. Jetzt.

Industrieforum

Industriepolitische Agenda und
strategische Top-Ziele

Industriekonjunktur aktuell

Im Überblick und nach Branchen

Bundessparte Industrie (BSI)

Die **Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich** vertritt mit ihren Fachverbänden die Interessen von rund 4.000 Mitgliedsunternehmen, die schwerpunktmäßig der Industrie zuzuordnen sind. In der österreichischen Industrie sind rund 400.000 Personen beschäftigt.

Die Bundessparte Industrie ist nicht nur für eine aktive Mitgestaltung der österreichischen Industriepolitik zuständig, sondern auch für die Koordination und die inhaltliche Artikulierung aller industrierelevanten Interessen vor allem in der Kollektivvertragspolitik, im Umwelt- und Energiebereich, in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie in der Infrastrukturentwicklung.

Industriewissenschaftliche Institut (IWI)

Das **Industriewissenschaftliche Institut (IWI)** setzt einen markanten industrieökonomischen Forschungsschwerpunkt in Österreichs Institutslandschaft. Seit 1986 steht das Institut für die qualitativ anspruchsvolle Verschränkung zwischen Theorie und Praxis.

Das intensive Zusammenspiel unterschiedlicher Forschungsbereiche dient dazu, Produktionsstrukturen systemorientiert zu analysieren und darauf aufbauend zukunftsweisende wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln. Besondere Schwerpunkte finden sich in der Analyse langfristiger makroökonomischer Entwicklungstendenzen sowie in der Untersuchung industrieller Netzwerke (Clusteranalysen).



Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

Telefon: 05 90 900-3460

Telefax: 05 90 900-113417

Internet: <http://wko.at/industrie>, E-Mail: bsi@wko.at

Präsidium	Obmann	Mag. Sigi Menz	Ottakringer Getränke AG
	Stellvertreter	Honorarkonsul KommR Veit Schmid-Schmidsfelden Vizepräs. KommR DI Dr. Clemens Malina-Altzinger	Rupert Fertinger GmbH Reform-Werke Bauer & Co. Ges.m.b.H.
	kooptiert	Günter Dörflinger, MBA Dr. Paul Rübzig	Christof Industries GmbH Rübzig GmbH & Co KG
Geschäftsführer		Mag. Andreas Mörk	



Industriewissenschaftliches Institut

Mittersteig 10/4, 1050 Wien

Telefon: 513 44 11-0

Telefax: 513 44 11-2099

Internet: <http://www.iwi.ac.at>, E-Mail: office@iwi.ac.at

Vorstand	Vorsitzender	Hon.Prof. Dr. Wilfried Stadler	Wirtschaftsuniversität Wien
	Stellvertreter	Gen.Sekr. Mag. Anna Maria Hochhauser Gen.Sekr. Mag. Christoph Neumayer	Wirtschaftskammer Österreich Vereinigung der Österreichischen Industrie
		Mag. Markus Beyrer Dr. Wolfgang Damianisch Mag. Christian Domany Dr. Erhard Fürst DI Dr. Manfred Matzinger-Leopold DDr. Herwig W. Schneider	Business Europe Unternehmensberater Münze Österreich AG Industriewissenschaftliches Institut
Kuratorium	Vorsitzender	Honorarkonsul KommR Veit Schmid-Schmidsfelden	Rupert Fertinger GmbH
	Stellvertreter	Dir. Mag. Dr. Johannes Turner	Oesterreichische Nationalbank
Geschäftsführer		DDr. Herwig W. Schneider	
Wissenschaftlicher Leiter		Univ.Prof. DI Dr. Mikuláš Luptáčík	

industrie aktuell

inhalt

Andreas Mörk 2
Postfaktische Wirtschaftspolitik

Sigi Menz 3
Reformen. Zielgerichtet. Jetzt.

Industrieforum

Industriepolitische Agenda und
strategische Top-Ziele

Johann Markl 6
Andreas Mörk 7
Andreas Mörk 8
Robert Schmid 9
Veit Schmid-Schmidfelden 10
Dieter Siegel 12
Thomas Stegmüller 13

Industriepolitik

Herwig W. Schneider,
Manfred Tacker 15
Innovationen in der österreichischen
Verpackungswirtschaft

Roman Dorfmayr 18
Internationale Leitbetriebe im
Burgenland

Industriekonjunktur

Herwig W. Schneider 19
Die internationale
Konjunktorentwicklung

Andreas Mörk 23
Industriekonjunktur: anhaltender
Rückgang mit branchenspezifischen
Unterschieden

Industriekonjunktur nach Branchen

Bergwerke und Stahl 26
Stein- und keramische Industrie 26
Glasindustrie 27
Chemische Industrie 27
Papierindustrie 28
PROPAK - Industrielle Hersteller von
Produkten aus Papier und Karton 28
Bauindustrie 29
Holzindustrie 29
Lebensmittelindustrie 30
Textil-, Bekleidungs-, Schuh-
und Lederindustrie 30
NE-Metallindustrie 31
Fahrzeugindustrie 31
Maschinen-, Metallwaren-
und Gießereiindustrie 32
Elektro- und
Elektronikindustrie 32

Impressum

Herausgeber Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at
Wirtschaftskammer Österreich Bundessparte Industrie, A-1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63, Tel.: +43 (0)5 90 900 3417, E-Mail bsi@wko.at

Medieninhaber Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4

Redaktion Christoph Hartmann (Chefredakteur), Michael Renelt

Satz und Layout CMS Vesely GmbH, A-2100 Korneuburg

Autoren Roman Dorfmayr, Johann Markl, Sigi Menz, Andreas Mörk, Robert Schmid, Veit Schmid-Schmidfelden, Herwig W. Schneider, Thomas Stegmüller, Manfred Tacker
Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Autors wieder.

Auskunft und Bestellung Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

Druck AV+Astoria Druckzentrum GmbH, A-1030 Wien

Erscheinung Vierteljährlich

ISSN 1023-8387



Andreas Mörk

Postfaktische Wirtschaftspolitik

Die Redaktion des Oxford English Dictionary, des umfangreichsten Wörterbuchs der englischen Sprache, hat kürzlich das Wort „postfaktisch“ („post-truth“) zum internationalen Wort des Jahres 2016 gewählt. Vor allem in Zusammenhang mit der Brexit-Abstimmung und dem US-Präsidentenwahlkampf war das Wort vielfach verwendet worden: Es bezeichnet politisches Denken, Handeln und Formulieren, bei dem nicht mehr die Fakten im Mittelpunkt stehen, sondern auf die **Gefühlswelt** abgestimmte Erklärungsmodelle.

Das zu Ende gehende Jahr hat sicherlich Höhepunkte in der postfaktischen Kommunikation mit sich gebracht. Gerade als **Industrie** - nicht nur in Österreich, sondern in der Mehrzahl der Industrieländer - musste man aber bereits seit langer Zeit damit umgehen lernen, dass die Wirtschaftspolitik postfaktisch denkt, spricht und handelt:

Industrie galt - und gilt vielfach noch heute - als ein Relikt der Vergangenheit, ohne Zukunft in der postindustriellen Gesellschaft. Diese **postindustrielle Gesellschaft** ist aber zumindest in Ländern wie Österreich oder Deutschland nur eine Scheinwelt jener Entscheidungsträger und Multiplikatoren, die in ihren Berufswegen in Politik, Verwaltung, Forschung oder Medien nie mit dem industriellen Rückgrat unseres Landes in Kontakt gekommen sind. Die **Realität** sieht nämlich anders aus: Ein Fünftel der österreichischen Wertschöpfung ist direkt auf die österreichische Industrie zurückzuführen, einschließlich der industrienahen und produktionsbezogenen Dienstleistungen ist es sogar nahezu die Hälfte. Rund drei Viertel der österreichischen Exporte stammen von der Industrie. Die Industrie ist alles andere als ein Relikt vergangener Zeiten: Sie sorgt für fast zwei Drittel der Forschungsausgaben des Unternehmenssektors.

Die postindustrielle Scheinwelt hat in der Vergangenheit direkt in eine **postfaktische Wirtschaftspolitik** geführt: Die Politik hat konsequent übersehen, dass die Industrie ein Motor der Wertschöpfung und Beschäftigung ist, dass die Industrie die größten Fortschritte bei der Bewältigung von Umweltproblemen erzielt und dass die Industrie weit überdurchschnittliche Löhne und Gehälter zahlt. Vielfach musste man in der Vergangenheit den Eindruck gewinnen, dass die Wirtschaftspolitik durch eine die Anliegen der Industrie ignorierende, postfaktische Politik die De-Industrialisierung geradezu fördern will.

Nur in der Vergangenheit? - Die im Ende Oktober 2016 verabschiedete **Wirtschaftspaket der Bundesregierung** vorgenommene Einschränkung der Investitionszuwachsprämie auf KMUs ist eine neuerliche Manifestation postfaktischer Wirtschaftspolitik: Seit Jahren wird durch detaillierte Studien des „Industriewissenschaftlichen Instituts“ präzise nachgewiesen, dass eine relativ geringe Zahl an industriellen Leitbetrieben die Wertschöpfung, Investitionstätigkeit und Beschäftigung in tausenden Klein- und Mittelbetrieben initiiert. Faktenresistent, aber mit sicherem Blick für die populistische Gefühlswelt, wird nun bei einer Seite unterstützt, was bei der anderen Seite ignoriert wird. Somit wird nicht ein Wachstumsklima geschaffen, sondern eine Schieflage.

Die Empörung über eine postfaktische Politik und Kommunikation, die Fakten bis zur Unkenntlichkeit verbiegt, besteht zu Recht. Die sogenannten „populistischen“ Bewegungen sind aber bei weitem nicht die einzigen, die auf dieser arg verstimmtten Klaviatur mit größter Selbstverständlichkeit spielen...

Mag. Andreas Mörk ist Geschäftsführer der Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich.

Sigi Menz



Reformen. Zielgerichtet. Jetzt.

Die österreichische Industrie kann auf große Erfolge zurückblicken, steht aber aktuell vor enormen Herausforderungen. Um diese gut bewältigen zu können sind dringende Reformen notwendig, die auf eine substantielle Verbesserung der Rahmenbedingungen für industrielle Tätigkeit in Österreich abzielen.

In Österreich ist der Anteil der Industrie an der gesamten Wertschöpfung deutlich höher als in den meisten anderen EU-Staaten. Dies ist einerseits das Resultat der ständigen Bemühungen der Unternehmen um Qualität und Service: Mit hochwertigen und innovativen Produkten hat sich Österreichs Industrie einen international hervorragenden Ruf erarbeitet. Dies ist aber auch zurückzuführen auf einen beständigen Anpassungsprozess der Standortbedingungen in der Vergangenheit.

Natürlich hat es wie derzeit auch in der Vergangenheit erhebliche Auseinandersetzungen über einzelne Maßnahmen gegeben, und teilweise haben externe Faktoren - wie der Beitritt zum EU-Binnenmarkt oder auch die Ostöffnung - über nicht erledigte Hausaufgaben bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen hinweggeholfen. Dennoch erscheint der Reformstau heute größer und die Probleme sind drängender. Dazu trägt sicherlich bei, dass die Veränderungen hinsichtlich Märkten, Handelsströmen, Rohstoff- und Energiekosten sowie im Technologiebereich rascher und einschneidender als in der Vergangenheit sind. Für Unternehmer jedenfalls, die sich tagtäglich mit neuen Herausforderungen auseinandersetzen und rasch adäquate Antworten und Lösungen finden müssen, ist die anhaltende politische Reformunfähigkeit geradezu eine Provokation.

Strategische Prioritäten

Die Industrie ist der Motor der heimischen Wirtschaft. Eine starke Industrie generiert Wachstum, Wertschöpfung, Wohlstand und Beschäftigung in Österreich. Eine starke Industrie braucht aber Rahmenbedingungen, die planbar, realistisch und praxisnah sind, und damit die Voraussetzungen für Investitionen und entsprechende Wachstumsperspektiven bieten. In einem mehrstufigen Prozess hat die Bundessparte Industrie erhoben, welche Maßnahmen und Stellschrauben der Industriepolitik die höchste Priorität haben sollten.

Zurückgreifend auf bereits geleistete Vorarbeiten wurden zu Jahresbeginn 2016 seitens der Bundessparte Industrie einzelne Themenbereiche identifiziert und in einem weiteren Schritt den Fachverbänden der Industrie und den Industriesparten der Landeskammer zu einer Bewertung vorgelegt. Die Ergebnisse: Als oberste Ziele wurden der **Abbau von überbordenden bürokratischen Maßnahmen** und - dicht gefolgt - die **Verbesserung der Arbeitszeitverteilung direkt auf betrieblicher Ebene** genannt. Weitere Hauptforderungen sind die Senkung der Lohnnebenkosten, die Forcierung von Investitionen sowie ein leistungsorientiertes Bildungssystem mit Focus auf eine starke duale und schulische Ausbildung.

Im Rahmen eines Workshops wurden diese Ziele von Vertretern der Fachverbände und Industriesparten, den Fachexperten der Bundessparte Industrie, den Führungskräften verschiedener Abteilungen der WKÖ sowie Vertretern der Industriellenvereinigung auf konkrete Ziele und Maßnahmen verdichtet. Unter dem Titel „**Zukunft. Industrie. Österreich.**“ wurden die strategischen Top-Ziele kürzlich publiziert:

Arbeitszeitgestaltung flexibilisieren - die betriebliche Ebene stärken

- Schaffung praktikabler Höchstarbeitsgrenzen durch Änderung des Arbeitszeitgesetzes, praxis- und betriebsbezogene Durchrechnungszeiträume.
- Anpassung der Kurzarbeitsregelungen, vereinfachter Zugang zu Kurzarbeit.
- Einbindung älterer Arbeitnehmer durch betriebsnahe Schulungen und Förderungen verbessern.

Arbeitskosten konkurrenzfähig machen - Abgabenquote senken, Belastungsstopp umsetzen

- Senkung der Abgabenquote auf 38% durch umfassende Staats- und Verwaltungsreform, Reduktion von Lohnnebenkosten.
- Einschränkung frühzeitiger Pensionsformen. Teilarbeitsfähigkeit und Wiedereingliederung verbessern, Ersatz des „Alles-oder-nichts-Prinzips“ durch Einführung eines Teilkrankenstandes.

Bildungssystem leistungsorientiert gestalten - duale und schulische Berufsbildung stärken

- Partnerschaften zwischen Industriebetrieben und Polytechnischen Schulen fördern.

- ▣ Mehr Jugendliche für eine technische Ausbildung gewinnen.
- ▣ Evaluierung und gegebenenfalls Überarbeitung der bestehenden (Industrie-) Lehrberufe in Hinblick auf Industrie 4.0-Tauglichkeit.

Bürokratie und Verwaltungsaufwand reduzieren - Genehmigungsverfahren beschleunigen

- ▣ Sunset Clause: Unpraktikable oder österreichische Unternehmen benachteiligende Gesetze werden nach einer Evaluierungsphase zurückgenommen.
- ▣ Better regulation, Beschleunigung und Konzentration von Genehmigungsverfahren, Ausweitung des Anzeigeverfahrens im Anlagenrecht.
- ▣ Schaffung eines einheitlichen Bundesvergabegesetzes durch Änderung der Bundesverfassung in Art 14b.

Investitionen vorantreiben - Freibetrag einführen

- ▣ Einführung eines befristeten Investitionsfreibetrags (IFB) in Höhe von 30% für eine Investition in Maschinen und Anlagen. (Als Alternative böte sich zudem die Senkung der Körperschaftssteuer auf nicht entnommene Gewinne von 25 auf 12,5 Prozent an.)
- ▣ Advanced Ruling ausbauen und damit die Planungssicherheit der Unternehmen verbessern (Auskunftsbescheid gem. § 118 BAO).
- ▣ Abschaffung der Rechtsgeschäftsgebühren sowie Anhebung der Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1.500 Euro.

Energie- und Umweltpolitik zukunftsfähig gestalten - Wettbewerbsfähigkeit sicherstellen

- ▣ Emissions- und Immissionsregelungen so gestalten, dass Betriebe am Stand der Technik über mehrere Jahre arbeiten können.
- ▣ Verzicht auf wettbewerbsschädliche umwelt-, energie- und klimapolitische Alleingänge auf europäischer und internationaler Ebene.
- ▣ Rechts- und Investitionssicherheit, konsequente Deregulierung, bundesweit einheitlicher Vollzug, Vermeidung von Doppelgleisigkeiten.

Zu einigen der hier angeführten Punkte gibt es in dieser Ausgabe von „industrie aktuell“ detaillierte Ausführungen (im „Industrieforum“).

Jenseits der Industrie...

Generell bemerkenswert ist, dass die hier gestellten Forderungen an die Politik zwar naturgemäß der Interessenslage der österreichischen Industrie entsprechen, aber fast durchwegs - auch ohne spezifisch

an die Industrie zu denken - für die generelle Zukunft des Landes von höchster Bedeutung sind. Man denke etwa an den Komplex der Verwaltungsvereinfachung und Deregulierung: Jede hier getroffene Maßnahme wirkt sich auf die Verwaltungskosten der öffentlichen Hand aus; und zwar mitunter auf mehreren Ebenen und in mehreren Bereichen gleichzeitig. Ein anderer Bereich, dessen Reform weit über den unmittelbaren Interessenshorizont der Industrie hinaus reicht, ist das Bildungswesen; je stärker hier auf Zukunftsfähigkeit geachtet wird, desto besser sind nicht nur die Chancen für den Industriestandort Österreich sondern auch für Österreich und die Österreicher insgesamt. Oder als drittes Beispiel: Die Forderungen nach einem zukunftsorientierten Pensionsversicherungssystem und einer Verbesserung des altersgerechten Arbeitens durch Modelle der Teilarbeitsfähigkeit zielen auf schrittweise Lösungen in dem für die öffentlichen Haushalte wirklich teuren Bereich der Absicherung im Alter.

Im Dialog mit der Politik wird es notwendig und wichtig sein darauf zu verweisen, dass mit der Industrie nicht bloß eine einzelne - wenn auch große und wichtige - Gruppe eine besondere Behandlung wünscht, sondern die Industrie Anstöße gibt **den Staat, seine Strukturen und seine Abläufe insgesamt zukunftsfähiger zu machen**.

Industrie für alle

Gleichzeitig würde die Umsetzung dieser Reformpunkte freilich die Industrie in Österreich stärken. Damit könnte sie aber nicht nur noch besser für Wachstum, Wertschöpfung, Wohlstand und Beschäftigung - wie auch Steuerleistung - sorgen, sondern auch an der **Lösung gesellschaftlicher Probleme** mitarbeiten. Ohne leistungsfähige Industrie wird es etwanicht gelingen, den Verbrauch an Primärenergie zu begrenzen ohne gleichzeitig gewaltige Abstriche beim Lebensstandard hinnehmen zu müssen. Mit Hilfe der Industrie ist diese Entkoppelung möglich.

Die Industrie ist Motor der heimischen Wirtschaft. Auch (fast) 50 Jahre nachdem Alain Touraine und Daniel Bell den Begriff der „postindustriellen Gesellschaft“ geprägt haben, befinden wir uns weiterhin in einer industriell geprägten Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur. Dies durch eine entsprechende Gestaltung der Politik, der Verwaltung und der Rahmendbedingungen für wirtschaftliche Tätigkeiten anzuerkennen wäre ein Gebot der Klugheit.

Sigi Menz ist Obmann der Bundessparte Industrie und Chef des Ottakringer Getränkekonzerns.

Industriepolitische Agenda und strategische Top-Ziele

Johann Markl
Andreas Mörk
Robert Schmid
Veit Schmid-Schmidfelden
Dieter Siegel
Thomas Stegmüller

Die Industrie steht großen Herausforderungen gegenüber. Um diesen Herausforderungen entsprechend begegnen zu können, muss das Umfeld für industrielle Tätigkeit laufend optimiert werden. Die wichtigsten Stellschrauben dieser Optimierung wurden in einem umfassenden Prozess von der Bundessparte Industrie erhoben und mit entsprechenden industriepolitischen Forderungen verknüpft. Die zentralen Punkte dieser „industriepolitischen Agenda“ werden im „Industrieforum“ von namhaften Unternehmern und Experten der Bundessparte Industrie dargestellt.

Grundsätzlich sei die Industrielehre gut für Herausforderungen durch die Industrie 4.0 vorbereitet, betont Ing. **Johann Markl**, in der Bundessparte Industrie mit Fragen der Ausbildung und insbesondere auch der Industrielehre befasst: Problematisch sind aber das generell niedrige Interesse an technischen Ausbildungen und die vielfach mangelnde Ausbildungsreife nach der Pflichtschule.

Mit den künftigen Anforderungen der Industrie 4.0 an das Bildungssystem befasst sich auch ein Beitrag von Mag. **Andreas Mörk**, Geschäftsführer der Bundessparte Industrie. Eine besondere Herausforderung ist der engere Kontakt zwischen theoretischer und praktischer Ausbildung und die durchgängige Möglichkeit von Weiter- und Höherqualifizierung.

Ebenfalls von Mag. **Andreas Mörk** stammt ein Beitrag über die Problematik der in Österreich besonders hohen Abgabenquote. Auf dem Weg zu einer Senkung dieser Quote in den Bereich des europäischen Durchschnitts müssten insbesondere die Körperschaftsteuer und die hohen Sozialabgaben sowie andere Lohnnebenkosten vermindert werden.

Mag. **Robert Schmid**, Gesellschafter der Wopfinger Stein- und Kalkwerke Schmid & Co KG und Umweltsprecher der Bundessparte Industrie, fordert im Umwelt- und Energiebereich eine administrativ effiziente und hinsichtlich der Kostenbelastung wettbewerbskonforme Ausgestaltung der Rahmenbedingungen sowie eine verstärkte Beachtung der Frage der Versorgungssicherheit.

Um die Investitionstätigkeit anzukurbeln, hat die Industrie die Einführung eines 30%igen Investitionsfreibetrages gefordert. KR **Veit Schmid-Schmidfelden**, Geschäftsführer der Rupert Fertinger GmbH und Obmann Stv. der Bundessparte Industrie, bedauert, dass statt dessen die viel zu eng gefasste KMU Investitionszuwachsprämie beschlossen wurde und hofft auf die Erhöhung der Forschungsprämie.

Verwaltungsstrafrechtliche Haftungserleichterung für Unternehmen fordert Dr. **Dieter Siegel**, Vorstandsvorsitzender der Rosenbauer AG: Auf die wachsende Zahl immer komplexer werdender Gesetze muss reagiert werden, indem die Relation von Unrechtsgehalt einer Tat und Strafhöhe wieder hergestellt wird. Er schlägt dazu ein modular aufgebautes Maßnahmenpaket vor.

Mag. **Thomas Stegmüller**, Mitarbeiter der Bundessparte Industrie, betont in seinem Beitrag die große Bedeutung einer zeitgemäßen und praktikablen Arbeitszeitflexibilisierung. Eine zukunftsweisende Arbeitszeitgestaltung auf betrieblicher Ebene und die Einführung von Langzeitarbeitszeitkonten sind als wesentliche Standortelemente dringend erforderlich.



Johann Markl

Industriellehre: Qualifikation mit Zukunft

Die duale Berufsausbildung - allen voran die Industriellehre - ist für die Herausforderungen von Industrie 4.0 gerüstet. Eine regelmäßige Überprüfung der Vollständigkeit und Aktualität der Berufsbilder und die „Steuerung der Ausbildungsprozesse“ in Betrieb und Berufsschule wird aber wichtiger denn je.

Etwa 1.400 Industrieunternehmen bilden 16.000 Lehrlinge vorwiegend (zu 92%) in technisch-handwerklichen bzw. technisch-naturwissenschaftlichen Lehrberufen aus. Die meisten Lehrlinge werden im Modul-Lehrberuf Metalltechnik ausgebildet, gefolgt von Elektrotechnik, Mechatronik und Produktions-/Prozesstechnik. Mehr als 85% der Lehrverträge bestehen in Berufen, wo die Ausbildungsvorschriften jünger als 10 Jahre sind.

Mit der Einführung der Modulberufe etwa 2010 stehen den Unternehmen moderne und kombinierbare Ausbildungsverordnungen zur Verfügung, eine wesentliche Voraussetzung für die geforderte Flexibilität (auch in der Ausbildung). Nahezu 2/3 der Lehrverträge in der Industrie bestehen in Modul-Lehrberufen wie Metalltechnik, Elektrotechnik, Mechatronik, Elektronik, Holztechnik, Chemie/Labortechnik, KFZ-Technik, Installationstechnik, Bekleidung und Werkstofftechnik (Stand 2015).

Seit dem Jahr 2000 existiert(e) der Lehrberuf Produktionstechnik mit dem Ziel produktions-technische und logistische Ausbildungsinhalte gemeinsam mit handwerklichen Qualifikationen zu vermitteln. Gemeinsam mit Leitbetrieben - die auch bei Industrie 4.0 Vorreiterfunktion bekleiden - wurde der Produktionstechniker (dzt. 898 Lehrverträge) zum Lehrberuf Prozesstechnik (2015 vom BMWFW verordnet) weiterentwickelt, mit dem Ziel, die Bereiche Logistik und Prozessintegration zu stärken.

Obwohl der Großteil der IT-Kernberufe in schulischen oder universitären Einrichtungen ausgebildet wird, bestehen etwa 200 Lehrverträge in den Berufen IT-Informatik und IT-Technik.

Neben den technischen und handwerklichen Kompetenzen und Fertigkeiten braucht ein auf Flexibilität, Effizienz, Integration und Kommunikation beruhendes System auch persönliche und soziale Kompetenzen.

Seit einigen Jahren enthält jedes neu verordnete Berufsbild Ausbildungsinhalte zu Schlüsselqualifikationen wie Methodenkompetenz und Lösungsstrategien, Teamarbeit und soziale, personale und kommunikative Kompetenzen (auch in Fremdsprache) sowie Kundenorientierung. Alle Industrie-Lehrberufe beinhalten auch die jeweils erforderlichen IT-Anwenderqualifikationen, z.B. CAD, CNC, Robotik, SPS, Programmierung, etc.

Technikinteresse bei der Jugend fördern

Wichtig ist einmal mehr, dass sich genügend Jugendliche für technisch-naturwissenschaftliche (MINT) bzw. technisch-handwerkliche Ausbildungswege entscheiden. Der Technikermangel ist zu einem massiven Problem für die Industrie geworden - und dies nicht nur in High-Tech-Branchen.

Zurückzuführen ist dies auf ein massives Imageproblem naturwissenschaftlich-technischer Berufe - trotz hervorragender Beschäftigungsaussichten. Das Bild von „Technik als Problemverursacher“ hat sich über Jahrzehnte in der Gesellschaft gefestigt. Die Auswirkungen spüren derzeit die Unternehmen - in fernerer Zukunft möglicherweise aber auch jeder Einzelne.

Technik-Begeisterung muss deshalb wieder in der Gesellschaft einziehen und muss die Skepsis bzw. Feindlichkeit gegenüber Neuem und Innovativem ablösen. Interesse und Neugier müssen bereits in der Familie, im Kindergarten und in der Grundschule geweckt werden - und das vor allem auch bei den Mädchen. In den Lehrplänen der Volksschulen sind Natur und Technik wohl enthalten, ihnen wird aber vielfach nicht der gebührende Stellenwert eingeräumt, obwohl gerade in diesem Alter das Beobachten, Erforschen, Experimentieren notwendig ist und gefördert werden sollte.

Auf diesen Erfahrungen der Kinder aufbauend sollte der Weg zu technischen Berufsabschlüssen konsequenter begleitet werden.

Ausbildungsreife nach der Pflichtschule

Lehrbetriebe stellen fest, dass zunehmend jugendliche Lehrstellenbewerber nicht über ausreichende soziale und fachliche Grundkompetenzen verfügen und daher nicht „ausbildungsreif“ sind.

Die Polytechnische Schule (PTS) - wie sie dem ursprünglichen Sinn nach eingerichtet wurde - sollte eigentlich die „Zubringerschule“ für die duale Berufsausbildung sein. Tatsächlich wird dieser Schultyp aber aufgrund mangelnder Attraktivität gegenüber anderen Schulformen und unrealistischer Einschätzungen eigener Fähigkeiten umgangen. Die für die duale Berufsausbildung notwendigen Kompetenzen sollte durch eine reformierte PTS vermittelt werden, darüber hinaus sollte ausreichend Zeit zum

Kennenlernen betrieblicher Realitäten zur Verfügung stellen.

Begleitend zu diesen Änderungen müsste auch eine „Ergebnisorientierung“ der Oberstufen-Schulformen sichergestellt und demnach die Zahl der Poly-Umgeher reduziert werden.

Ing. Johann Markl ist Mitarbeiter der Bundessparte Industrie.

Andreas Mörk



Industrie 4.0: Herausforderungen im Bildungsbereich

Der OECD-Länderbericht „Education at a glance 2015“ bescheinigt Österreich - so wie auch in den Jahren zuvor - ein gut entwickeltes und effizientes Berufsbildungssystem. Ist dieses System aber auch fit für die Zukunft und damit für Industrie 4.0?

Entsprechend der Definition von Industrie 4.0 (laut Wikipedia) wird mit dieser Wortschöpfung die „Informatisierung der Fertigungstechnik und der Logistik bei der Maschine-zu-Maschine-Kommunikation“ bezeichnet. Ziel ist u.a. die „Intelligente Fabrik“ (smart factory), welche sich durch Wandlungsfähigkeit, Ressourceneffizienz, ergonomische Gestaltung sowie die Integration von Kunden und Partnern in Geschäfts- und Wertschöpfungsprozessen auszeichnet.

Demzufolge sollen mit Hilfe moderner Informations- und Kommunikationstechnik flexible, effizient vernetzte und vor allem sichere Prozesse ablaufen.

Eine Schlüsselfunktion sollen dabei die IT- und IT-nahen Berufe haben, d.h. die **Verfügbarkeit von IT-Fachkräften auf allen Bildungsstufen** ist unabdingbare Voraussetzung für die Digitalisierung der Wirtschaft. Von diesen Fachkräften wird Verständnis für Prozessabläufe, Schnittstellen und Datensicherheit gefordert.

Dennoch wird aber gerade in der industriellen Fertigung ein Großteil der **herkömmlichen Berufe** in Produktions-/Prozessplanung und Steuerung sowie in der operativen Prozessführung (und deren Unterstützung, z.B. Instandhaltung) erhalten und gegebenenfalls weiterentwickelt werden müssen.

Die Planung und Gestaltung von (Fertigungs-, Logistik-, Wertschöpfungs-)Prozessen wird wohl weiterhin vorwiegend den Absolventen von Universitäten, Fachhochschulen - aber auch berufsbildender höherer Schulen - vorbehalten sein/bleiben. Es wird aber entscheidend sein, ob diese (Berufs-)Bildungsinstitutionen engen Kontakt zu den Orten des „realen Geschehens“ - den Unternehmungen, den Leitbetrieben - halten bzw. ausbauen können. Die akademische Ausbildung muss den Bezug zur Praxis sicherstellen, genauso wie auch Praktiker den Zugang zu einschlägigen akademischen Ausbildungen haben müssen.

Für den Ablauf gesicherter Prozesse und für die operativen Tätigkeiten dazu werden weiterhin die Absolventen der dualen Berufsausbildung (und in Zukunft noch mehr die der beruflichen Weiterbildung, wie Werkmeister, Fachtechniker etc.) verantwortlich sein. Absolventen der dualen Ausbildung eignen sich ihre praktischen Fähigkeiten und Kompetenzen im Betrieb - und damit direkt am Ort, wo die Entwicklung/Innovation stattfindet - an und werden im begleitenden Berufsschul-Unterricht mit theoretischem und fachpraktischem Wissen unterstützt.

In Zukunft ist noch mehr dafür zu sorgen, dass **jede Ausbildungsform und Ausbildungsebene eine Weiter- und Höherqualifizierung ermöglicht** (kein Abschluss ohne Anschluss). Selbstverständlich sind die Lehrpläne, Ausbildungs- und Prüfungsordnungen regelmäßig zu aktualisieren und bei Bedarf neue Berufe zu schaffen.

Die Förderung von Teamarbeit und interdisziplinäre Zusammenarbeit über Abteilungen und Hierarchien hinweg ist Voraussetzung für das Gelingen des Projektes „Digitalisierung“.

Mag. Andreas Mörk ist Geschäftsführer der Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich.



Andreas Mörk

Abgabenquote senken und Arbeitskosten konkurrenzfähig machen

Die Abgabenquote liegt in Österreich bei rund 44% und damit im europäischen Spitzenfeld. Die Bundessparte Industrie fordert eine Senkung der Abgabenquote auf 38% als deutliches Signal für den Industriestandort Österreich.

Dass die Steuern und Abgaben in Österreich ausgesprochen hoch sind, kommt in der Abgabenquote (welche mit OECD- und EU-Daten errechnet wird) zum Ausdruck. Die Abgabenquote ist eine wirtschaftliche Kennzahl, welche in einem Land zu zahlende Steuern und Sozialversicherungsbeiträge in Prozent des BIP des betreffenden Landes darstellt. Im Jahr 2016 beträgt die Abgabenquote Österreichs 43,8%. Damit liegt Österreich im EU-Vergleich im absoluten Spitzenfeld, nur vier Länder weisen eine höhere Abgabenquote aus. Der EU-(28)-Schnitt liegt im heurigen Jahr bei 39,9%.

Körperschaftsteuer von 25% auf 20% senken

Die Körperschaftsteuer ist der wichtigste und zentrale Bestandteil des Steuersystems, wenn es um die Auswirkungen auf Wachstum und Standortattraktivität geht. Seit der letzten Senkung der Körperschaftsteuer von 34% auf 25% sind mehr als zehn Jahre vergangenen. In Europa gibt es eindeutig einen Trend zu niedrigeren Körperschaftsteuersätzen: Großbritannien und die Schweiz wollen auf 15 Prozent senken, andere Länder - wie Schweden - haben schon auf 22 Prozent gesenkt. Unser Nachbar Deutschland, Europas Konjunkturlokomotive und gleichzeitig auch wichtigstes Exportland der heimischen Industriebetriebe, hat bereits einen Körperschaftsteuersatz von 15%. In Österreich sollte man bald zumindest mit der Reduzierung auf 20 Prozent nachziehen, um unseren Betrieben den internationalen Anschluss zu sichern

DRINGEND: Arbeitskosten kräftig senken

Auch bei den Arbeitskosten liegt Österreich im oberen Drittel, im EU-Vergleich der letzten Jahre stiegen

die Arbeitskosten in Österreich darüber hinaus weit überdurchschnittlich. Aufgrund hoher Lohn- und Lohnnebenkosten neigen insbesondere Produktionsbetriebe oft zur Verlegung ihrer Betriebsstätten in Länder mit niedrigen Abgabenquoten. Die Bundessparte Industrie fordert hier endlich eine Trendumkehr. Es ist höchste Zeit durch eine spürbare Senkung der Lohnnebenkosten Impulse für die Schaffung zusätzlicher Stellen zu setzen und die Arbeitslosigkeit zu senken. Die Finanzierung von FLAF und Wohnbauförderung sowie die Kommunalsteuern in der jetzigen Form wirken sich negativ auf die Attraktivität des Standortes aus und sollten daher grundlegend geändert werden. Außerdem ist nach Ansicht der Bundessparte Industrie auch Spielraum für eine Beitragssenkung gegeben. Dies zeigen auch die Einnahmen der Sozialversicherungsträger, die seit 2005 um 48 Prozent gestiegen sind, während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vergleichbaren Zeitraum nur um 34 Prozent zulegen.

Umfassende Staats- und Verwaltungsreform

Die Prüfungen des Rechnungshofs und die Budgetzahlen zeigen, dass eine umfassende Verwaltungsreform unabdingbar ist. Aufgrund der zunehmenden Alterung der österreichischen Bevölkerung entstehen für die öffentlichen Haushalte zusätzliche finanzielle Belastungen, die auch weit in die Zukunft wirken. Im Zeitalter der Good Governance kann eine Staats- und Verwaltungsreform nicht in einer schlichten Kürzung öffentlicher Leistungen oder in einem Rückzug des Staates aus für das Gemeinwohl wichtigen Leistungsbereichen bestehen. Zu den strukturellen Reformmaßnahmen gehören dabei nach Ansicht der Bundessparte Industrie insbesondere die Zusammenführung der Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung und ein aufgabenorientierter Finanzausgleich, außerdem die Steuerung durch wirkungsorientierte Haushaltsführung, einheitliche Datengrundlagen, Kosten- und Leistungsrechnungen, Controlling, interne Kontrollsysteme sowie korruptionspräventive Maßnahmen. Eine

umfassende Staats- und Verwaltungsreform muss alle Ebenen umfassen. Dann wäre jedenfalls Potential für eine deutliche Senkung der Abgabenquote vorhanden. Ideen und konkrete Vorschläge gibt es zuhauf, entscheidend ist der politische Wille zur Umsetzung.

Mag. Andreas Mörk ist Geschäftsführer der Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich.

Robert Schmid



© Baumit

Energie- und Umweltpolitik zukunftsfähig gestalten

Der Mythos, die Industrie verhindere Fortschritte im Umweltschutz und bei der Ressourcen- und Energieeffizienz, hält sich hartnäckig, ist aber unrichtig. Mit solchen Mythen muss konsequent aufgeräumt werden: es ist klar belegtes Faktum, dass die Industrie intensiv und höchst engagiert an der Ausgestaltung neuer gesetzlicher Standards mitwirkt, und sich viele Unternehmen gegenüber ihren Konkurrenten am Weltmarkt, oft auch konzernintern, mit innovativen Technologien und anspruchsvoller Umweltperformance positionieren.

Wichtig ist es, die drei Säulen nachhaltiger Entwicklung in der Industrie ausgewogen umzusetzen - denn **ökologische** Fortschritte müssen auch **sozial** verantwortungsvoll und **ökonomisch** verträglich sein, um im internationalen Standortwettbewerb auch in Zukunft erfolgreich bestehen zu können.

Konkret fordert die Industrie von der Politik,

- dass Emissions- und Immissionsregelungen in der Luft-, Wasser- und Abfallpolitik definiert werden, mit denen Betriebe Planungs-, Rechts- und Investitionssicherheit erhalten und über mehrere Jahre am Stand der Technik arbeiten können,
- dass energie- und umweltpolitische Rahmenbedingungen möglichst weitgehend EU-weit harmonisiert werden, anstatt durch nationale Alleingänge und überzogene Umsetzung von EU-Recht konterkariert zu werden, und
- dass die Bestrebungen zur Deregulierung und Entbürokratisierung konsequent vorangetrieben, Doppelgleisigkeiten vermieden und Zielkonflikte zwischen einzelnen Regelungen wo immer möglich aufgelöst werden.

Aktuelle Anknüpfungspunkte für diese Forderungen sind etwa die Novellen zum Umweltverträglichkeits-

prüfungsgesetz, zum Wasserrechtsgesetz und zum Immissionsschutzgesetz Luft im Rahmen des Verwaltungsreformgesetzes BMLFUW, weiters die von BMW-FW, BMLFUW und BMVIT gemeinsam vorangetriebene integrierte Energie- und Klimastrategie, sowie auf europäischer Ebene das EU-Kreislaufwirtschaftspaket (Circular Economy). Für alle gilt: weniger ist mehr.

Gestaltungskraft, Hausverstand und Augenmaß

Politische Maßnahmen müssen im Hinblick auf administrativen und finanziellen Aufwand so effizient wie möglich umgesetzt werden. Zeitgemäße gesetzliche Rahmenbedingungen sollen neue Impulse für Innovationen, Investments und unternehmerisches Engagement für die Gesellschaft und Arbeitswelt von morgen und übermorgen (Stichwort „Industrie 4.0“) schaffen, und nicht zu Verhinderungsinstrumenten einer nachhaltigen industriellen Entwicklung werden. Schnürt die Politik den Betrieben durch überzogene Regelungen den Freiraum und die Flexibilität zur Erreichung akkordierter Ziele ab, darf sie sich nicht wundern, wenn Produktionen - und damit oft auch Arbeitsplätze - ausgedünnt werden oder sogar abwandern.

Im Energiebereich sind Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und wettbewerbskonforme Kosten zentrale Standortfaktoren für die österreichische Industrie. Der **Energiekostensituation** kommt besonders hohe Bedeutung zu, da die realen Energiepreise in Europa zum Teil deutlich über dem Niveau anderer Wirtschaftsräume, allen voran den USA, liegen; hinzu kommt der europäische CO₂-Emissionshandel sowie die energie- und klimapolitisch argumentierten Steuer- und Abgabensysteme (Energiesteuer, Ökostromzuschläge etc.), die in Summe zu vergleichsweise deutlich höheren Kosten führen als bei Konkurrenten außerhalb Europas.

Im Strombereich wurde der Ausbau erneuerbarer Energien durch langfristig garantierte Einspeisetarife forciert, deren Aufgabe es war, Technologien mittels großzügiger Förderungen an die Marktreife heranzuführen. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich aber klar, dass bestimmte geförderte erneuerbare Energieträger keinen gesamtökologischen Vorteil aufweisen und Rohstoffe nicht volkswirtschaftlich sinnvoll entlang der Nutzungskaskade verwertet wurden. Hier ist ein neues Design der Rahmenbedingungen dringend erforderlich.

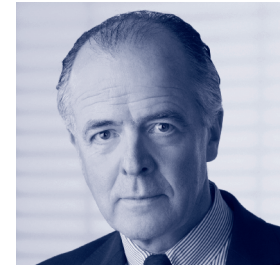
Spricht man von weiteren Ausbaupotenzialen erneuerbarer Energie, der „Energiewende“ und der Rolle, die

die Industrie in diesem spannenden Transformationsprozess spielt, darf nicht außer acht gelassen werden, dass die **Versorgungssicherheit** der Betriebe mit Gas, Strom, Wärme und Rohstoffen stets sichergestellt sein muss. Dafür bedarf es jedenfalls auch der Erhaltung thermischer Kapazitäten sowie von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, um die erforderliche Netzstabilität und Ausfallsicherheit zu gewährleisten.

Mag. Robert Schmid ist Gesellschafter der Wopfinger Stein- und Kalkwerke Schmid & Co KG und Umweltsprecher der Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich.

Veit Schmid-Schmidfelden

Investitionen zur Stärkung des Industrie-Standorts



Die Bedeutung von Investitionen ist wohl unbestritten. Öffentliche Investitionen kurbeln in konjunkturell schwachen Zeiten die Wirtschaft an, belasten jedoch das staatliche Budget. Private Investitionen - sie beruhen auf Vertrauen in den Wirtschaftsstandort - erfolgen unter unternehmerischen Aspekten, wie Produktivitätssteigerungen, Produktionserweiterungen, Modernisierungen der Maschinen und Anlagen, etc. Gemeinsam lösen diese Investitionen dann Wachstum, positive Beschäftigungseffekte, ansteigendes Steueraufkommen und Wohlstand aus.

Im Jahr 2015 lagen die gesamten Bruttoanlageinvestitionen mit einem Volumen von 79,9 Mrd. Euro bei rund 23,5% des österreichischen Bruttoinlandsprodukts. Im Jahr 2008 - dem Jahr vor dem dramatischen Finanz- und Wirtschaftskrise - war dieser Investitionsanteil mit 24,5% einen ganzen Prozentpunkt höher gelegen (das Investitionsvolumen betrug 2008 71,6 Mrd. Euro). Zum Zeitpunkt des EU-Beitritts Österreichs im Jahr 1995 machte er sogar 26,9% aus.

Innerhalb der von der gewerblichen Wirtschaft Österreichs getätigten Bruttoinvestitionen im Wert von 26,1 Mrd. Euro (Quelle: Statistik Austria, LSE 2014, Sonderauswertung nach Kammersystematik) wurden 6,4 Mrd. Euro bzw. 24,4% von den rund 3.700 Industrie-Unternehmen in Österreich getätigt. Von diesen Industrieinvestitionen stammen wiederum 69% von Großunternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten und 31% vom KMUs.

Die Bundessparte Industrie hat sich bereits im Mai 2016 vorausschauend mit dem Thema „Investitionen“ beschäftigt und sich einheitlich über alle Branchen und Bundesländer hinweg und in Abstimmung mit der Industriellenvereinigung für eine steuerliche Maßnahme zur Forcierung der Investitionen in Österreich ausgesprochen. Dieser wurde gegenüber einer KÖST-Satz-Senkung bzw. einer vorzeitigen Abschreibung Vorrang gegeben. Die Industrie-Vertreter fassten den Beschluss „einen sichtbaren Pflock einzuschlagen, um damit wirklich etwas zu bewegen“ und einigten sich auf die Forderung nach Einführung eines **Investitionsfreibetrags (IFB) in Höhe von 30%** für einen zeitlich begrenzten Zeitraum von drei Jahren für Investitionen, eingeschränkt auf Maschinen und Anlagen. Mit der begrenzten Anwendung des IFB auf den Wirtschaftsbereich Herstellung von Waren bedeutet dies verminderte Steuereinnahmen durch den Bund - nach Berechnungen des Industriewissenschaftlichen Instituts - in Höhe von 232 Mio. Euro. Diese Maßnahme verspricht jedoch - da sie selbstverständlich für sämtliche Unternehmen im Bereich Herstellung von Waren Gültigkeit haben soll - eine hohe Multiplikator-Wirkung auf die gesamte österreichische Wirtschaft. Ein durch den IFB geförderter Euro bewirkt nämlich (laut dem Industriewissenschaftlichen Institut) einen Produktionswert von 1 Euro, eine Wertschöpfung von 0,44 Euro sowie rund 6 Beschäftigungsverhältnisse.

Der Investitionsfreibetrag wirkt gewinnmindernd und stellt damit bei jenen Unternehmen, die Gewinne

schreiben, eine echte Steuerersparnis dar. Zudem hat die Industrie vorgeschlagen, dass die Maschinen und Anlagen, für die ein IFB geltend gemacht werden dürfen, mindestens fünf Jahre im Betriebsvermögen bleiben müssen und innerhalb dieser Zeit nicht in eine im Ausland befindliche Betriebsstätte gebracht werden dürfen.

Bestätigung zur geforderten Einführung eines Investitionsfreibetrags bekam die Industrie durch den in den Monaten Juni und Juli 2016 in der Wirtschaftskammer Österreich durchgeführten interaktiven Mitglieder-Dialog, an dem 1.400 Unternehmen teilnahmen. Aus dem Standort-Programm „Zukunft / Wirtschaft“ waren folgende drei Forderungen jene mit der höchsten Priorität (siehe www.wirtschaft-sind-wir-alle.at):

1. Anhebung der Grenze auf geringfügige Wirtschaftsgüter von 400 auf 1.500 Euro
2. Einführung eines Investitionsfreibetrags
3. Arbeitszeitenflexibilisieren und Lösungen auf betrieblicher Ebene stärken

Doch die Politik entschied (leider) anders: Am 25. Oktober 2016 beschloss der Ministerrat das Maßnahmenpaket Wirtschaft und Arbeitsmarkt, in dem u. a. zur Stärkung der privaten Investitionen eine **KMU-Investitionszuwachsprämie** angekündigt wurde. In Anlehnung an ein entsprechendes Modell in Salzburg plant die Bundesregierung die Einführung einer direkten Förderung des Investitionszuwachses ausschließlich für KMU. Die Förderung soll für Investitionen in neu angeschaffte, aktivierungspflichtige Wirtschaftsgüter des abnutzbaren Anlagevermögens gelten. Ausgenommen sind insbesondere PKW und Grundstücke. Der Investitionszuwachs im Gesamtausmaß von mindestens 50.000 Euro und höchstens 450.000 Euro für Unternehmen mit bis zu 49 Mitarbeitern wird 2017 und 2018 mit einer 15%igen Prämie gefördert. Für Unternehmen zwischen 49 und 250 Mitarbeitern ist die Förderung eines Investitionszuwachses im Gesamtausmaß von mindestens 100.000 Euro und höchstens 750.000 Euro in den Jahren 2017 und 2018 mit 10%iger Prämie vorgesehen. Der Investitionszuwachs berechnet sich nach dem Durchschnitt der jeweils neu aktivierten Anschaffungs- oder Herstellungskosten des abnutzbaren Anlagevermögens der drei vorangegangenen Jahre.

Für die KMU-Investitionszuwachsprämie werden in den Jahren 2017 und 2018 jeweils 87,5 Mio. Euro (insgesamt also 175 Mio. Euro) an frischen Mitteln vom BMF bereitgestellt. Die KMU-Investitionszuwachsprämie wird in Hinblick auf das Prinzip One-stop-shop als Förderung von der Austria Wirtschaftsservice (aws) abgewickelt. Mit dieser Förderung sollen nach Vorstellung der Bundesregierung rund 10.000 Unternehmen unterstützt sowie Investitionszuwächse in Höhe von rund 1,2 Milliarden Euro ausgelöst und rund 25.000 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden.

Diese von der Bundesregierung gewählte Maßnahme einer Direktförderung wird im Gegensatz zu der oben ausgeführten Analyse der Bundessparte Industrie die Investitionstätigkeit der heimischen Wirtschaft **nur eingeschränkt** ankurbeln. Von den gesamten Bruttoinvestitionen der gewerblichen Wirtschaft Österreich werden nämlich 41% von Unternehmen mit mehr als 249 Mitarbeitern erwirtschaftet (Quelle: Statistik Austria, Leistungs- und Strukturhebung 2014) und diese werden nicht einbezogen. Zudem belohnt eine Zusatzprämie jene Unternehmen, die in den letzten Jahren wenig investiert haben.

Großunternehmen sind es jedoch, die wiederum mit rund 800 bis 1.000 KMU je Unternehmen eng kooperieren (Studie des Industriewissenschaftlichen Instituts). Nur investitionsfördernde Maßnahmen ohne jegliche Einschränkung auf die Beschäftigtengröße erzielen daher eine volle Wirkung auf Wachstum, Beschäftigung und Steuerleistung.

Weitere steuerpolitische Verbesserungen für die Industrie

Neben der Einführung des Investitionsfreibetrags bleiben die Abschaffung der Rechtsgebühren, die Anhebung der Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1.500 Euro und der Ausbau von Advanced Ruling, wobei Steuerpflichtige mit einem Auskunftsbescheid eine rechtsverbindliche Auskunft der Abgabenbehörde erlangen können, auf der Forderungsliste der Bundessparte Industrie bestehen.

Die im Einkommensteuergesetz geregelte **Forschungsprämie** ist eines der wichtigsten Instrumente für die betriebliche Innovation in Österreich. Jährlich werden rund 500 Mio. Euro an Forschungsprämien direkt an die innovativen Unternehmen ausbezahlt. Sie ist zudem ein wesentliches Argument für Finanzierungsentscheidungen zugunsten des Forschungsstandorts Österreich bei Tochtergesellschaften ausländischer Konzerne.

Das Bundesministerium für Finanzen hat ein Konsortium bestehend aus der KMU Forschung Austria, dem WPZ Research und dem Institut für Höhere Studien beauftragt, eine **Wirkungsevaluierung** dieser steuerlichen Forschungsprämie durchzuführen. Bei einer positiven Evaluierung stellt das am 25. Oktober 2016 im Ministerrat verabschiedete Maßnahmenpaket „Wirtschaft und Arbeitsmarkt“ eine Erhöhung der Forschungsprämie in Aussicht. Jede Anhebung der Forschungsprämie wird seitens der Industrie selbstverständlich außerordentlich begrüßt. Sie unterstützt massiv einen österreichischen Weg in Richtung der Gruppe der TOP-Innovationsnationen in der EU.

Honorarkonsul KommR Veit Schmid-Schmidfelden ist Geschäftsführer der Rupert Fertinger GmbH und Obmann Stv. der Bundessparte Industrie.



© Rosenbauer

Dieter Siegel

Verwaltungsstrafrechtliche Haftungserleichterung für Unternehmen

Unternehmen sehen sich im Rahmen ihrer Tätigkeit mit einer zunehmenden Anzahl immer komplexer werdende Gesetzen und entsprechenden Strafen konfrontiert. Aufgrund der Systematik von Verfahrens- und Strafbestimmungen können daher bereits relativ geringfügige Übertretungen zu äußerst empfindlichen Strafen führen, die noch dazu nicht das Unternehmen bezahlen darf, sondern an der Person des Geschäftsführers oder führenden Angestellten hängen bleibt.

Ein zukunftsweisender legislativer Maßnahmenpakt soll die Relation von Unrechtsgehalt einer Tat zur Strafhöhe wieder herstellen und damit die Unternehmen entlasten. Das dazu von den Sparten Industrie der Wirtschaftskammern in Auftrag gegebene Rechtsgutachten von Hon.-Prof. Dr. Wilhelm Bergthaler schlägt ein modular aufgebautes Maßnahmenpaket vor.

1. Ein Vergehen - eine Strafe

Das Verwaltungsstrafrecht legt fest, dass bei Zusammentreffen mehrerer Verwaltungsübertretungen alle Strafen nebeneinander zu verhängen sind. Dies führt in der Praxis zu exorbitant hohen Strafen. Sie werden oft als Schikane empfunden, da das Ausmaß des Vergehens in keinem vernünftigen Verhältnis zur Strafhöhe steht.

Daher soll im Verwaltungsstrafrecht das im Justizstrafrecht verankerte Prinzip „ein Vergehen - eine Strafe“ eingeführt werden: Wenn zukünftig mehrere verwaltungsstrafrechtliche strafbare Handlungen zusammentreffen, soll nur mehr eine Strafe entsprechend der höchst angedrohten ausgesprochen werden dürfen.

Keine überzogenen Mindeststrafen

Neben der Mehrfachbestrafung bei ähnlich gelagerten Delikten führen insbesondere Mindeststrafen zu den genannten exorbitant hohen Strafen, da sie die Berücksichtigung mildernder Umstände verhindern. Mindeststrafen sind daher ersatzlos zu beseitigen.

Einführung bedingter Strafen

Das gerichtliche Strafrecht zeigt, dass die dogmatischen Ziele einer Bestrafung, nämlich spezial- und general-präventive Wirkung, auch dann erreicht wer-

den, wenn Strafen nicht tatsächlich vollzogen, sondern bedingt, unter Bestimmung einer Probezeit, verhängt werden. Daher soll auch im Verwaltungsstrafrecht bei geringen Verstößen die Möglichkeit einer bedingten Strafe eingeführt werden.

2. Ermahnen vor Bestrafung

In Fällen geringfügiger Übertretungen soll eine Verpflichtung der Behörde statuiert werden, zunächst bloß mit einer Ermahnung anstelle Bestrafung vorzugehen.

Das Primat der Ermahnung soll grundsätzlich für folgende Fälle gelten:

- bei erstmaligem Verstoß gegen eine Strafbestimmung, auch wenn mehrere Taten vorliegen, wenn bloß fahrlässiges Verhalten vorliegt;
- bei wiederholtem Verstoß, wenn bloß leicht fahrlässiges Verhalten vorliegt.

In beiden Fällen ist primär auf den geringen Schuldgehalt abzustellen. Durch eine spezielle Auswahl primär „ermahnungspflichtiger“ Delikte kann gewährleistet werden, dass bei besonders schwerwiegenden Verstößen nicht mit bloßer Ermahnung vorgegangen wird.

3. Prüfung/Zertifizierung als Nachweis der strafbefreienden Organisationsorgfalt

Die in der Praxis nahezu unüberwindlichen Nachweisprobleme zur Einrichtung eines für die obersten Organe schuldbefreienden innerbetrieblichen Kontrollsystems sollen entschärft werden. Als Nachweis der Organisationsorgfalt soll sowohl die Möglichkeit der Bescheinigung interner Kontrollmechanismen als auch die externe Zertifizierung von Unternehmensorganisationen anerkannt werden.

Verantwortliche Beauftragte an Stelle von leitenden Angestellten im ASchG

Es soll die in der Praxis vielfach unklare Bestelungsvoraussetzung von „leitenden Angestellten“ im Arbeitnehmerschutzrecht entfallen. Die Umstellung auf das allgemeine System des „verantwortlichen Beauftragten“ ist daher sinnvoll.

4. Eigenverantwortung und Vertrauensgrundsatz - keine Stellvertreterhaftung „auf Verdacht“

Das aktuelle verwaltungsrechtliche Verantwortungs- und Sanktionssystem führt zu einer überbordenden Stellvertreterhaftung der obersten Organe für jedes individuelle Versagen einzelner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Unternehmenshierarchie. Das untergräbt nicht nur die Eigenverantwortung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern schmälert auch den Wert betrieblicher Fortbildung. Derzeit wird in der Praxis de facto bei jedem Verstoß ein Organisationsverschulden der Führungskräfte vermutet. Sie haften allein infolge ihrer Organstellung „auf Verdacht“ für „alles, was schiefläuft“. Unternehmer und führende Angestellte werden im Verwaltungsrecht benachteiligt und gelten automatisch als schuldig und können das Gegenteil nicht beweisen.

Das ist weder sachgerecht noch schuldangemessen. Klarzustellen ist, dass Führungskräfte gut ausgebildeten, bewährten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch vertrauen dürfen, ohne sie mit einer überbordenden Kontrollbürokratie laufend überwachen zu müssen. Ohne diesen Vertrauensgrundsatz können arbeitsteilige Systeme nicht funktionieren. Dieser Vertrauensgrundsatz soll jedoch nicht zu einer Überwälzung der

Haftung auf den einzelnen Mitarbeiter führen, sondern nur zu einer Haftungsbefreiung der obersten Organe der Unternehmen.

5. Umstieg auf ein modernes Unternehmensstrafrecht auch bei Verwaltungsübertretungen

In arbeitsteiligen Systemen, wie sie für die Unternehmensorganisation typisch sind, erweisen sich Einzelzurechnungen der strafrechtlichen Verantwortung, sofern nicht ein besonderer Verschuldensanteil vorliegt, als nicht sachgerecht. Moderne Haftungs- und Sanktionssysteme ziehen primär das Unternehmen selbst zur Verantwortung. Die Unternehmensverantwortlichkeit soll daher in sachgerechter Differenzierung zum System des gerichtlichen VerbandsverantwortlichkeitsG auch im Verwaltungsstrafrecht etabliert werden. Demnach soll analog zum gerichtlichen Strafrecht die juristische Person anstelle einer Führungskraft dann selbst haften, wenn die Tat von einem Entscheidungsträger zu Gunsten der juristischen Person begangen worden ist und ihr ein Organisationsverschulden vorzuwerfen ist. Eine Doppelbestrafung - juristische Person und oberste Organe - ist jedenfalls auszuschließen.

Dr. Dieter Siegel ist Vorstandsvorsitzender der Rosenbauer AG.

Thomas Stegmüller



Arbeitszeitflexibilisierung ist die Basis für Wachstum und Wohlstand

Die Europäische Kommission hat im Herbst 2012 das Ziel formuliert, den Industrieanteil in der EU bis zum Jahr 2020 wieder auf 20 Prozent zu steigern. Um dieses Ziel erreichen zu können, braucht es eine deutliche Verbesserung des Umfelds für die industriellen Leitbetriebe. Internationale Leitbetriebe sind die Kernsubstanz der österreichischen Volkswirtschaft und agieren gemeinsam mit zahlreichen mit ihnen verbundenen kleinen und mittelgroßen Unternehmen (KMU). Ein wesentliches Element eines modernen Leitbetriebe-Standorts ist eine zeitgemäße und praktikable Arbeitszeitflexibilisierung.

Globaler Wettbewerbsdruck, kürzere Produktlebenszyklen, der Siegeszug des Just-in-Time-Konzepts in Logistik, Produktion und Distribution, starke Konjunk-

turschwankungen: Weltweit wird immer weniger auf Lager produziert, Aufträge werden kurzfristig storniert und die Gesellschaft wird insgesamt immer bunter und anspruchsvoller. Eine moderne und exportorientierte moderne Volkswirtschaft wie Österreich kommt daher um eine zeitgemäße Arbeitszeitflexibilisierung und Arbeitszeitgestaltung auf betrieblicher Ebene nicht umhin. Wir sprechen heute von Industrie 4.0 und intelligenten Wertschöpfungsketten, das Arbeitszeitrecht hinkt diesen Entwicklungen jedoch noch deutlich hinterher. Diesen Entwicklungen muss in einer drastischen Reform des Arbeitszeitgesetzes Rechnung getragen werden. Wir haben heute moderne Hochgeschwindigkeitsstrecken und befahren diese auch nicht mit Dieselloks aus den 70iger Jahren.

Arbeiten, wenn es Arbeit gibt

Das Arbeitszeitgesetz und darauf basierende kollektivvertragliche Arbeitszeitmodelle sind nach wie vor vielen, teils sehr **engen Grenzen und Beschränkungen** unterworfen. Tägliche und wöchentliche Normalarbeitszeitgrenzen verursachen in Phasen der Hochkonjunktur teure Mehr- oder Überstundenzuschläge, tägliche und wöchentliche Höchst-arbeitszeitgrenzen hindern hochmotivierte junge Arbeitskräfte an Höchstleistungen, umgekehrt können Leer- und Stehzeiten nur in sehr geringem Ausmaß 1:1 (vielfach auch gar nicht) ausgeglichen werden. Das Ziel, kurz und bündig auf den Punkt gebracht, kann daher nur lauten: Arbeiten, wenn es Arbeit gibt.

Die derzeit im Arbeitszeitgesetz festgeschriebenen Möglichkeiten der Flexibilisierung bestehen im Wesentlichen aus nur drei kleinen Schraubchen: **Erstens** die Ausdehnung der täglichen und/oder wöchentlichen Normalarbeitszeit auf 10 bzw. 48/50 Stunden, **zweitens** die Durchrechnung der Arbeitszeit über einen längeren Zeitraum als eine Woche und **drittens** die einmalige Übertragbarkeit von Zeitguthaben in die nächste Durchrechnungsperiode. Eine ernsthafte und tiefgreifende Arbeitszeitflexibilisierung stößt hier relativ rasch an ihre Grenzen.

Angesichts der technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen sind auch einheitliche Arbeitszeitregelungen für alle Erwerbstätigen nicht mehr zeitgemäß. Die Industrie fordert daher die Einführung von Langzeitarbeitszeitkonten. Die Menschen sollen die Möglichkeit haben, ihre Arbeitszeitgestaltung auch an die jeweilige momentane Lebenssituation anpassen und zielorientiert ausrichten können. Warum soll ein hochmotivierter Jungakademiker im Rahmen einer Gleitzeit nicht 12 Stunden am Tag oder ausnahmsweise auch 60 Stunden in der Woche arbeiten und so Zeitguthaben über einen längeren Zeitraum ansparen können?

Einführung von Langzeitarbeitszeitkonten

Aus der Perspektive von Arbeitgebern sind Langzeitarbeitszeitkonten grundsätzlich aus unterschiedlichen Erwägungen heraus interessant. Im Rahmen des Webauftritts der „Deutschen Zeitwert GmbH“, eines Unternehmens, das Arbeitgeber bei der Einrichtung betrieblicher Langzeitkonten berät, werden die folgenden Vorteile für Arbeitgeber genannt:

- ▣ Möglichkeit zur Steuerung der Altersstruktur im Unternehmen
- ▣ Instrument zur mittel- und langfristigen Arbeitszeitflexibilisierung
- ▣ Personalpolitisches Instrument zur Gewinnung, Bindung und Motivation von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen

- ▣ Steuerliche Effekte tragen je nach Modellgestaltung und Unternehmenssituation ganz wesentlich zur Finanzierung bei
- ▣ Spielraum für die Ausgestaltung flexibler Vergütungsmodelle
- ▣ Kostengünstiges Modell im Vergleich zu traditionellen Altersteilzeit- und Vorruhestandslösungen

Diese Auflistung bezieht sich freilich auf die spezifische deutsche Situation der Regelung und Ausgestaltung von Langzeitkonten. Diese sind dort prinzipiell auf betrieblicher Ebene eingerichtet und erlauben - je nach konkreter Ausgestaltung der jeweiligen Vereinbarung - eine beträchtliche Bandbreite an Möglichkeiten, angesparte Guthaben zu verwenden. Neben der Rationalität, dass Langzeitkonten auch den Bedürfnissen von Mitarbeitern entsprechen können und sich damit positiv auf die Gewinnung und Bindung von Mitarbeitern auswirken können, überwiegen bei den Vorteilen für Arbeitgeber selbstverständlich betriebliche Kostenargumente und erweiterte Möglichkeiten der flexiblen Arbeitszeitgestaltung. Langzeitkonten können auf betrieblicher Seite dazu genutzt werden, den Einsatz von Arbeitskräften exakt an die jeweilige Auftragslage anzupassen und dabei - je nach Ausgestaltungsform - auch Zuschläge (etwa für Überstunden) aufseiten der Arbeitgeber verhindern helfen.

Die Rechtslage zu Langzeitarbeitszeitkonten in Österreich im AZG ist im Vergleich zu Deutschland sehr dünn, überbetriebliche Langzeitarbeitszeitkonten sind nach derzeitiger Ausgestaltung der AZG-Regelungen überhaupt nicht möglich. So sinnvoll, innovativ und bestechend die Idee von überbetrieblichen Langzeitarbeitszeitkonten ist, so reformbedürftig sind die Regelungen des Arbeitszeitgesetzes in Österreich.

Zeitgemäße Arbeitszeitgestaltung direkt auf betrieblicher Ebene

Die meisten Kollektivverträge enthalten zwar flexible Arbeitszeitregelungen, vielfach aber nur unter restriktiven Bedingungen. Auch bieten Kollektivverträge meist keinen Platz für betriebsspezifische Lösungen. Daher sollte eine zeitgemäße Arbeitszeitgestaltung in einem bestimmten Rahmen direkt die betriebliche Ebene zu flexibler Gestaltung ermächtigen. Denn die Betriebe wissen am besten darüber Bescheid, was sie brauchen und sollen auch die Möglichkeiten haben, Arbeitszeitregelungen individuell vereinbaren zu können.

Mag. Thomas Stegmüller ist Mitarbeiter der Bundessparte Industrie.



Herwig W. Schneider
Manfred Tacker

Innovationen in der österreichischen Verpackungswirtschaft

Die österreichische Verpackungsbranche stellt einen bedeutenden Faktor der österreichischen Wirtschaft dar. Die Branche umfasst Hersteller von Verpackungen sowie die Hersteller von Maschinen zur Verpackungsherstellung und erreichte 2015 in Österreich einen Produktionswert von 4,6 Milliarden Euro. Dies entspricht 8% der gesamten österreichischen Sachgüterproduktion.

Die österreichische Verpackungswirtschaft ist international ausgerichtet und weist weltweite Bedeutung auf. Eine Reihe von österreichischen Unternehmen mit Bezug zu Verpackungen und Verpackungsrohstoffen wie z.B. Papier und Kunststoffen sowie dazugehörigen Verarbeitungsmaschinen sind weltweit tätig und sind oftmals Marktführer in den jeweiligen Segmenten. 2015 erzielten diese Unternehmen mit Firmensitz in Österreich einen Gesamtumsatz von 31 Milliarden Euro und beschäftigten weltweit 64.000 Personen.

Innovation in der österreichischen Verpackungswirtschaft

Innovationen sind essentiell für das Bestehen der Unternehmen im internationalen Wettbewerb, speziell in kundennahen Bereichen wie der Verpackungswirtschaft.

Das Innovationsverhalten der österreichischen Verpackungswirtschaft wurde im Rahmen einer empirischen Studie der Fachhochschule Campus Wien in Kooperation mit dem Industriewissenschaftlichen Institut (IWI) untersucht.

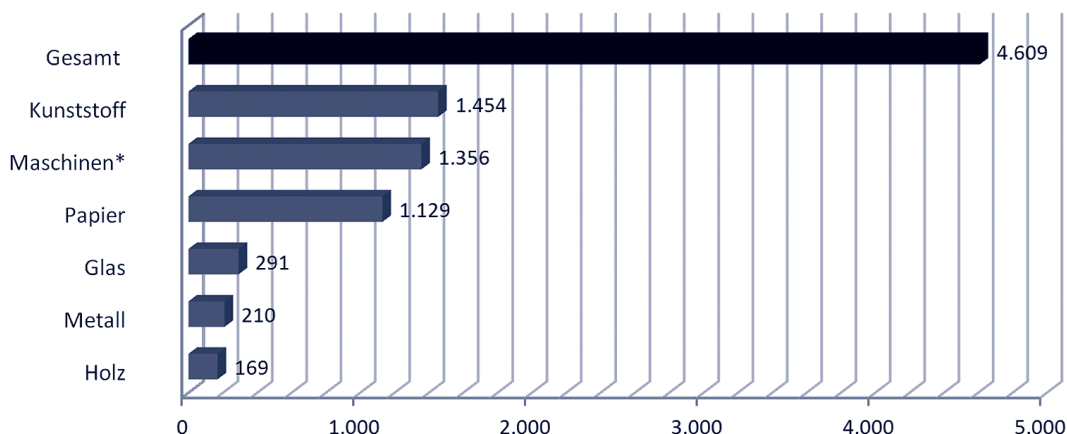
Wesentliche Ergebnisse der Untersuchung

Die Verpackungswirtschaft ist sich der Notwendigkeit der ständigen Weiterentwicklung ihrer Produkte bewusst und Innovationsaktivitäten haben einen hohen Stellenwert in der Branche. Mehr als 93% der befragten Unternehmen haben in den vergangenen drei Jahren ihre Produkte und/oder Produktionsprozesse verbessert.

Als wichtigste Antriebsfaktoren für Produktinnovationen stellten sich Kundenwünsche sowie motivierte und qualifizierte Mitarbeiter heraus; dahinter rangiert der steigende Wettbewerbsdruck auf Platz drei.

Für die Realisierung und Umsetzung ihrer Innovationen setzten die Unternehmen primär auf eine intensive Kooperation mit ihren Kunden und Zulieferern von Materialien und Komponenten. 90% der befragten Unternehmen nennen sie als ihre bevorzugten Innovationspartner.

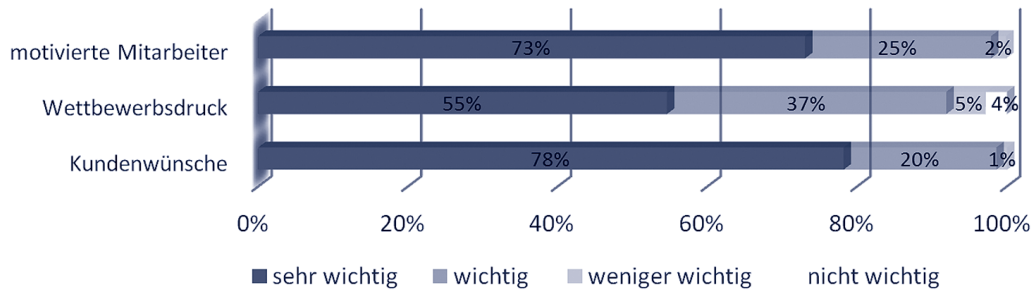
Abb 1: Produktionsvolumen der österreichischen Verpackungswirtschaft



Quelle: ÖIV; FH Campus Wien.

* Hersteller von Kunststoffmaschinen und Papiermaschinen, Verpackungsanteil

Abb.2: Einflussfaktoren auf die Innovationsaktivität

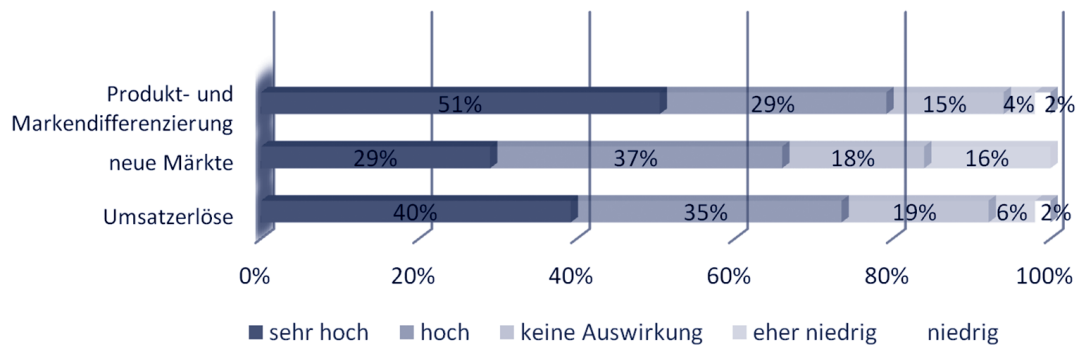


n= 59; Quellen: IWI, PROPAK, FH Campus Wien

Die Finanzierung der Innovationsprojekte erfolgt größtenteils aus Eigenmitteln (93%), 34% geben an öffentliche Förderungen - v.a. in Form von steuerlichen Erleichterungen und Förderungen - in Anspruch zu nehmen.

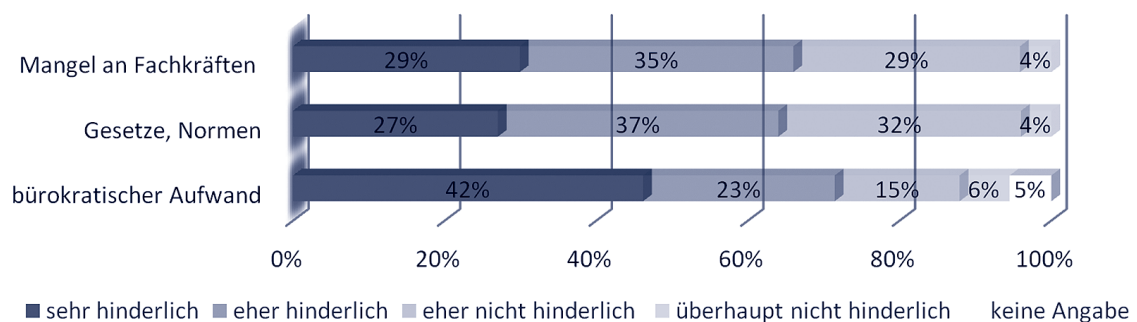
Auf die Frage nach dem erwarteten wirtschaftlichen Nutzen von Innovationsaktivitäten steht für die Unternehmen der österreichischen Verpackungsbranche die Differenzierung der eigenen Produkte und Marken

Abb. 3. Nutzen von Innovationsaktivitäten



n= 59; Quellen: IWI, PROPAK, FH Campus Wien

Abb.4: Innovationshemmnisse



n= 59; Quellen: IWI, PROPAK, FH Campus Wien

eindeutig an erster Stelle, gefolgt von höheren Umsatzerlösen und der Erschließung neuer Märkte.

Der hohe bürokratische Aufwand, die Überregulierung und ein Mangel an gut qualifiziertem Fachpersonal auf dem österreichischen Arbeitsmarkt sind die wichtigsten Barrieren für Aktivitäten in Richtung neuer innovativer Produkte.

Innovationen werden noch an Bedeutung gewinnen, so gehen 72% der befragten Unternehmen davon aus, dass ihre Ausgaben für Innovationen in den nächsten Jahren steigen werden. Die Hälfte der Unternehmen geht davon aus, dass mehr Mitarbeiter in diesem Bereich tätig sein werden.

Gesamtwirtschaftliche Bedeutung der österreichischen Verpackungsbranche

Die Unternehmen der Verpackungsbranche lösten in Österreich im Jahr 2015 einen mittel- wie unmittelbaren gesamtwirtschaftlichen Umsatz von rd. 9,2 Mrd. Euro aus. Der zugehörige Produktionswert liegt bei 8,4 Mrd. Euro, das sind 1,4% des Produktionswertes der österreichischen Gesamtwirtschaft.

In den Unternehmen selbst entstehen an direkten Effekten bis zu 4,6 Mrd. Euro an Umsatzerlösen. Über die Wertschöpfungskette des Vorleistungsverbundes entstehen zudem 3,1 Mrd. Euro an indirekten sowie 1,5 Mrd. Euro an induzierten Umsätzen (Konsum- und Investitionseffekte).

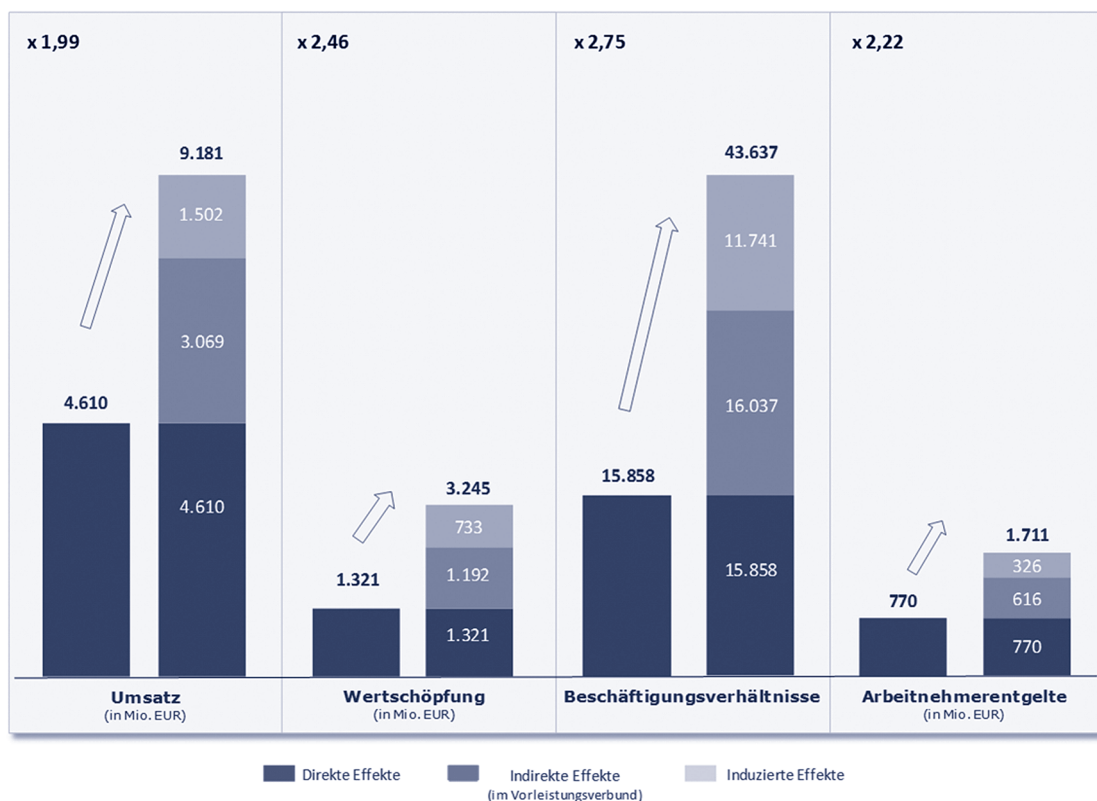
Analog dazu erwirtschaftet die Verpackungsindustrie eine mittel- wie unmittelbare Wertschöpfung von 3,2 Mrd. Euro, das sind 1,1% der österreichischen Bruttowertschöpfung (direkt: 1,3 Mrd. Euro, indirekt: 1,2 Mrd. Euro und induziert: 0,7 Mrd. Euro).

Insgesamt werden in Österreich durch die Aktivitäten der Verpackungsbranche rd. 43.600 Arbeitsplätze abgesichert, das sind 1,1% der Beschäftigungsverhältnisse Österreichs.

DDr. Herwig W. Schneider ist Geschäftsführer des **Industriewissenschaftlichen Institut und Mitherausgeber von „industrie aktuell“**.

Univ. Doz. Dr. Manfred Tacker ist Studiengangsleiter **Verpackungstechnologie im Fachbereich Verpackungs- und Ressourcenmanagement an der FH Campus Wien**.

Abb.5: Gesamtwirtschaftliche Bedeutung der österreichischen Verpackungsbranche





Roman Dorfmayr

Internationale Leitbetriebe im Burgenland

Bezogen auf die österreichische Volkswirtschaft generieren die elf burgenländischen Leitbetriebe eine mittel- wie unmittelbare gesamtwirtschaftliche Produktion von 2,41 Mrd. Euro.

sie einen gewichtigen Teil der burgenländischen und folglich auch der österreichischen Wertschöpfung und sichern zahlreiche Arbeitsplätze. Im Sog ihres Erfolgs profitieren viele Klein- und Mittelunternehmen, die als Vorleister, Auftraggeber und Kooperationspartner eng mit den internationalen Leitbetrieben zusammenarbeiten.

Regionalwirtschaftlich betrachtet löst das elf Unternehmen umfassende burgenländische Leitbetriebe im Bundesland einen Produktionswert von bis zu 1,35 Mrd. Euro aus. Die dabei erzielte Wertschöpfung liegt bei bis zu 0,39 Mrd. Euro (6,06% der burgenländischen Regionalwirtschaft). Somit ist rund jeder siebzehnte Euro an Wertschöpfung in Burgenland auf die Leitbetriebe rückrechenbar. Die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse, welche durch die elf Leitbetriebe im Bundesland gesichert werden, beläuft sich auf bis zu 5.159 (4.510 Vollzeitäquivalente).

Im Sog des Erfolgs der Leitbetriebe profitieren viele Klein- und Mittelunternehmen, die als Vorleister, Auftraggeber und Kooperationspartner eng mit den internationalen Leitbetrieben zusammenarbeiten.

Bezogen auf die österreichische Volkswirtschaft generieren die elf burgenländischen Leitbetriebe eine mittel- wie unmittelbare gesamtwirtschaftliche Produktion von 2,41 Mrd. Euro und eine Wertschöpfung von 0,76 Mrd. Euro (0,27% der in Österreich generierten Wertschöpfung). Kumuliert sichern die Aktivitäten des burgenländischen Leitbetriebeaggregats 12.892 Beschäftigungsverhältnisse (10.628 Vollzeitäquivalente) in der heimischen Volkswirtschaft.

Internationale Leitbetriebe mit Sitz in Burgenland sind von essentieller wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung für das Bundesland und in weiterer Folge für die gesamte heimische Volkswirtschaft. Durch ihre Wirtschaftskraft generieren und initiieren

Die elf internationalen Leitbetriebe Burgenlands weisen in der österreichischen Volkswirtschaft folgende Multiplikatorwirkung auf:

- ein Euro an Produktion der burgenländischen Leitbetriebe generiert gesamtwirtschaftlich 2,46 Euro an Produktion, ein Euro an Wertschöpfung generiert 3,02 Euro an Wertschöpfung und
- ein Beschäftigungsverhältnis in den internationalen Leitbetrieben Burgenlands bedingt in Österreich insgesamt 3,63 Arbeitsplätze bzw. 3,41 Vollzeitäquivalente.

Gesamtwirtschaftlich werden durch die Aktivitäten der elf burgenländischen Unternehmen weiters (berechenbare) Fiskaleffekte in Höhe von 0,11 Mrd. Euro sowie 0,11 Mrd. Euro an Sozialbeiträgen bewirkt und 0,21 Mrd. Euro an Investitionen ausgelöst.

Hinsichtlich der Branchenverteilung konzentrieren sich diese elf Unternehmen volumenmäßig (bezogen auf den Produktionswert) in der Herstellung von Waren vor allem auf die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln, die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren, die Herstellung von Metallerzeugnissen sowie die Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnisse.

Roman Dorfmayr, MSc, ist Bereichsleiter „Unternehmen & Statistik“ am Industriewissenschaftlichen Institut IWI.

Die hier vorgelegten Zahlen wurden der - von der Industriellenvereinigung (IV) beauftragten - IWI-Studie „Internationale Leitbetriebe im Burgenland 2015/16“ entnommen.

Herwig W. Schneider



© presstext.at

Die internationale Konjunkturentwicklung

Die internationale Wirtschaftsentwicklung hat sich in den letzten Monaten als relativ robust gegenüber überraschenden politischen Entwicklungen - Stichworte: Brexit, Trump-Wahl und verschärfte Syrienkrise - gezeigt. In einem weiterhin von hohen Risiken geprägten Umfeld sind die Chancen auf eine Wachstumsbeschleunigung zuletzt tendenziell gestiegen.

Das **globale Wirtschaftswachstum** wird im Jahr 2016 auf einem bescheidenen Niveau verbleiben und die schwachen Wachstumsraten der Vorjahre nochmals unterbieten: Laut Internationalem Währungsfonds wird das Wachstum minimal über drei Prozent liegen, laut OECD geringfügig darunter. Die Annahme einer auffallend **schwachen Entwicklung des Welthandels** hat sich im bisherigen Jahresverlauf bestätigt, sogar weiter akzentuiert: Das Wachstum des Welthandels wird im laufenden Jahr nicht über 2,3% hinaus kommen und damit deutlich hinter dem - ohnedies verhaltenem - Wachstum der Weltwirtschaft noch zurück bleiben.

Trump-Jump

Die Prognosen zur US-Präsidentenwahl haben einen Sieg der Kandidatin der Demokratischen Partei, Hillary Clinton, vorausgesagt. Auch die Märkte haben sich auf dieses Ereignis eingestellt. Nach dem überraschenden Sieg von Donald Trump wurden daher Kursrückschläge an den Aktienmärkten erwartet, da Märkte im Regelfall negativ auf unerwartete Veränderungen reagieren. Tatsächlich fielen - nach einer kurzen „Schrecksekunde“ - die Reaktionen an den Aktienmärkten aber höchst positiv aus, die Kursgewinne wurden als „Trump-Jump“ bezeichnet. Mittlerweile scheint mit dem Amtsantritt von Donald Trump ein nicht unerheblicher **Optimismus** verbunden zu sein, der auch über die Kursentwicklung bei Aktien hinaus reicht.

Dieser Optimismus beruht auf zwei Faktoren: Einerseits auf dem **institutionellen Argument**, dass nunmehr Präsidentschaft und die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses in der Hand einer Partei - der Republikanischen Partei - sind und daher ein hohes Maß an Handlungsfähigkeit der amerikanischen Regierung besteht; in acht der letzten zehn Jahre war

dies nicht der Fall, was zu entsprechenden Friktionen und folglich Unzufriedenheit bei Wählern und auf den Märkten geführt hat. Dieses Argument ist gut nachvollziehbar, wenn auch angesichts der inneren Diversität der beiden großen US-Parteien nicht notwendiger Weise zutreffend. Der andere Faktor ist die Hoffnung, dass der neugewählte Präsident in der Wirtschaftspolitik seine **Erfahrung als Geschäftsmann** einbringen und für einen Wachstumsschub sorgen kann.

Die im Wahlkampf getätigten Ankündigungen waren widersprüchlich, insbesondere die **handelspolitischen Statements** haben Anlass zur Besorgnis gegeben. Aufgrund der Aussagen nach der Wahl und erster Personalentscheidungen wird aktuell davon ausgegangen, dass Donald Trump seine Ausgabenpläne (Stärkung der US-Infrastruktur) und seine Steuerpläne (Senkung der Einkommensteuer) verwirklichen wird, die Ankündigungen zur Eindämmung des US-Haushaltsdefizits hingegen eher zweitrangig sein werden. Daraus folgt ein erheblicher **Impuls auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage**, der sich auch in einer moderaten Beschleunigung der Inflation niederschlagen sollte. Diese Inflationsbeschleunigung würde die erwarteten Zinssteigerungen durch die US-Notenbank neutralisieren, sodass die Geldpolitik weiterhin nicht restriktiv wirkt. Hinsichtlich der Handelspolitik werden zwar ein Ausstieg der USA aus der Trans-Pacific-Partnership (TPP) und eine Unterbrechung der TTIP-Verhandlungen erwartet, hingegen keine allzu schwerwiegenden Eingriffe in das Prinzip des freien, internationalen Warenaustausches. Die Mischung aus expansiver Steuer- und Fiskalpolitik und neutraler Geld- und Handelspolitik bildet die Basis für die positive Marktreaktion.

Das große Fragezeichen hinter diesem policy-mix ist allerdings die weitere Ausweitung der **US-Verschuldung**, die - absolut und vor allem auch in Relation zur Wirtschaftsleistung - höher als in der Europäischen Union liegt. Die USA haben zwar in den 1990er Jahren gezeigt, dass aufgrund der weniger festgefühten Ausgabenstrukturen Rückführungen des Defizits grundsätzlich einfacher als in Europa zur bewerkstelligen sind, damals war aber ein wesentlicher Faktor dieser Rückführungen die sogenannte „Friedensdividende“ nach dem Ende der Kalten Kriegs.

Wachstumsbeschleunigung 2017...

Noch ohne Berücksichtigung dieses Schubs an Optimismus in den USA, dessen Nachhaltigkeit aus heutiger Sicht unsicher ist und der durch wenige „falsche“ Aussagen, Handlungen und Personalentscheidungen wieder schwinden könnte, haben die wichtigen Prognoseinstitute für die **Jahre 2017 und 2018** eine moderate Wachstumsbeschleunigung der Weltwirtschaft auf knapp unter 3,5% (2017) und ein wenig darüber (2018) vorausgesagt. Diese Prognosen gehen davon aus, dass der internationale Handel wieder stärker wachsen wird als die Wirtschaftsleistung insgesamt, die in den letzten Jahrzehnten beobachtete Rate - mit einem Wachstum des Welthandels in doppelter Höhe des Wachstums der Wirtschaftsleistung - aber in absehbarer Zukunft nicht zu rechnen ist. Dies hat negative Auswirkungen auf die Zunahme der Produktivität, da der internationale Handel ein wichtiger Produktivitätstreiber ist.

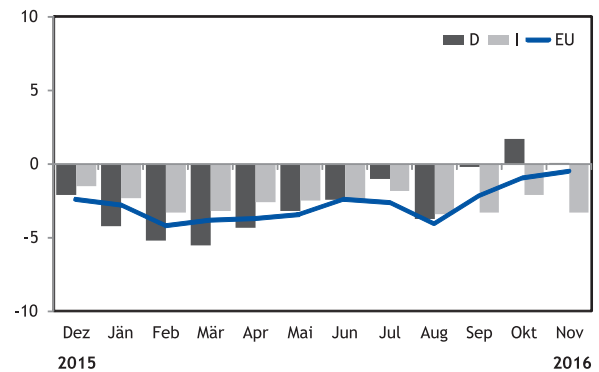
Wohl aufgrund aktueller Diskussionen und bestehender Befürchtungen betreffend die Politik der neuen US-Administration hat die OECD in ihrer jüngsten Prognose (November 2016) unterstrichen, dass **protektionistische Maßnahmen** zwar eine gewisse Anzahl an Arbeitsplätzen schützen könnte, insgesamt aber sowohl hinsichtlich Wachstum, Preisentwicklung, Lebensstandard und fiskalpolitischer Folgen unerwünschte Ergebnisse mit sich bringen und letztlich auch den Arbeitsmarkt stark belasten würde.

Von allen Industrieländern dürften nur die **USA** in den nächsten Jahren eine merkliche Wachstumsbeschleunigung erleben, und zwar von rund eineinhalb Prozent (2016) auf bis zu drei Prozent (2018); diese Prognose beinhaltet noch keine Auswirkungen der jüngsten Präsidentschaftswahlen, sondern beruhen auf der Annahmen einer leichten zyklischen Erholung und einem Ende der negativen Auswirkungen der gesunkenen Ölpreise auf den bedeutenden Energiesektor der USA.

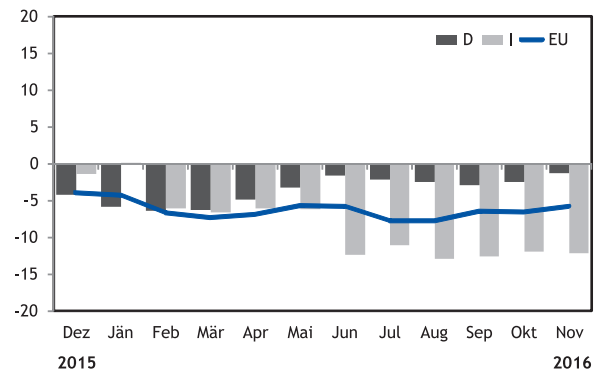
In **Europa** bleiben - so die Prognosen - die Wachstumsraten in den kommenden Jahren stabil (knapp über eineinhalb Prozent), wie auch in **Japan** (bei rund einem Prozent). Die relativ hohe Arbeitslosigkeit in Europa dämpft ebenso das Wirtschaftswachstum wie die Investitionszurückhaltung der Unternehmen und die große Belastung des europäischen Bankwesens durch nicht-performende Kredite. Die künftige Wirtschaftsentwicklung bleibt, mangels ausreichendem Binnenwachstum, stark von der Exportentwicklung - und deren Risiken - abhängig.

Internationale Konjunktorentwicklung¹

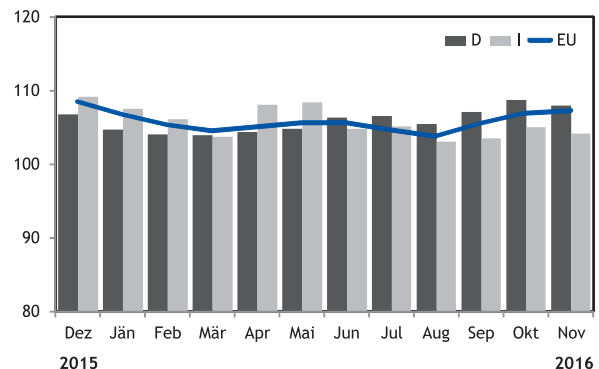
Indikator des Vertrauens in die Industrie²



Indikator des Verbrauchervertrauens



Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung



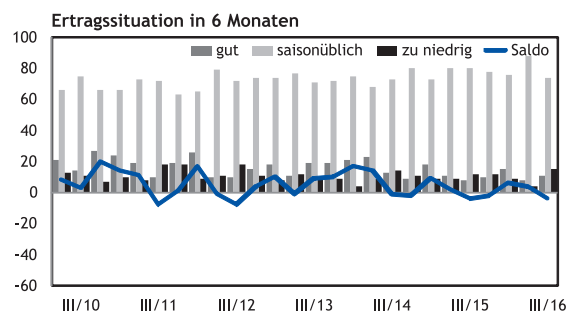
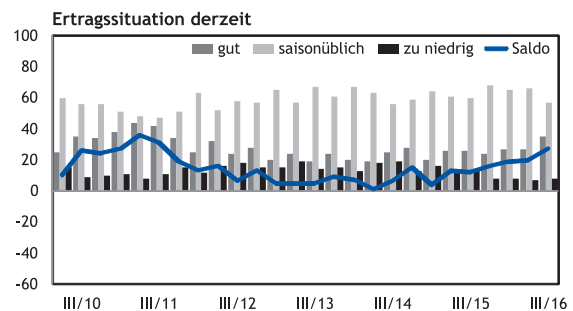
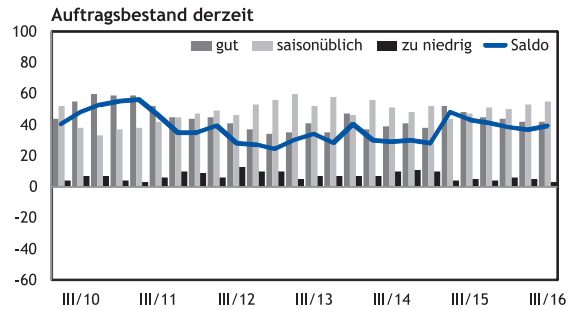
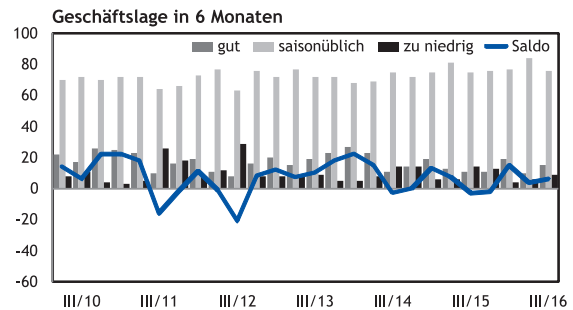
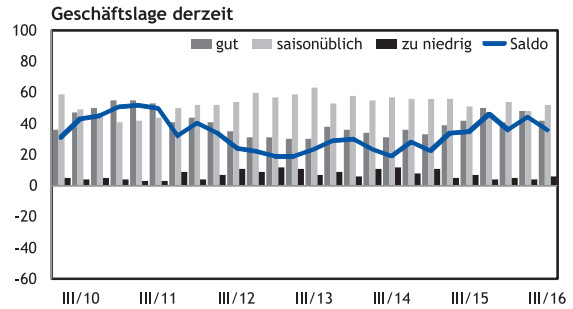
1 Ergebnisse der Umfrage der Europäischen Kommission in der verarbeitenden Industrie. Die Werte geben die Antwortsalden (Differenz zwischen dem jeweiligen Prozentsatz der positiven und negativen Antworten) wieder.
2 Der Indikator ist das Mittel der Antwortsalden auf die Fragen über Produktionsaussichten, Auftragsbestände und Fertigwarenlager.

Die völlig ungelösten Fragen hinsichtlich der Zukunft der Beziehungen zwischen Großbritannien und der Europäischen Union wie auch die zahlreichen Baustellen im europäischen Integrationsprozess tragen sicherlich nicht zu einer Wachstumsbeschleunigung bei. Allerdings sind bislang die unmittelbar nach der Brexit-Entscheidung angekündigten Markteinbrüche weitgehend ausgeblieben. Wohl mit einigem Recht gehen die Märkte und die wirtschaftlichen Entscheidungsträger davon aus, dass auch disruptive Szenarien für die Zukunft der Union das **hohe Maß an ökonomischer Integration in Europa nicht grundsätzlich verändern** werden.

Im Bereich der **Emerging Markets** wird für 2017 mit einer relativ positiven Entwicklung gerechnet: Die Wachstumsländer - zu denen vor allem China, Indien und die ASEAN-Staaten zählen - werden ihr Wachstumstempo weitgehend halten können, gleichzeitig sollten die wichtigsten der übrigen Emerging Markets, die zuletzt durch niedrige Rohstoffpreise, politische Unsicherheiten oder konjunkturelle Schwächephase in die Stagnation gerutscht sind, wieder auf einen Wachstumskurs einschwenken: Beispielsweise erwartet der Internationale Währungsfonds im Fall Brasiliens, der größten lateinamerikanischen Volkswirtschaft, nach zwei Jahren mit deutlichen Rückgängen der Wirtschaftsleistung eine leichte Erholung; auch die beiden größten afrikanischen Volkswirtschaften (Nigeria und Südafrika) sollten wieder einen leichten Wachstumspfad einschlagen. Schließlich sollte auch in Russland wieder ein positives Wirtschaftswachstum zu verzeichnen sein. Eine robuste Fortsetzung des Wachstums wird den Emerging Markets in Mittel-Osteuropa vorhergesagt.

... vor dem Hintergrund einer langfristig verminderten Wachstumsperspektive

Die OECD hat im November 2016 im Rahmen ihrer aktuellen Prognose auch **langfristige Wachstumsseinschätzungen (2017-2026)** publiziert und diese mit den entsprechenden zehnjährigen Wachstumserwartungen verglichen, die im Jahr 2011 vorgelegt worden waren. Die Wachstumserwartung für die Weltwirtschaft insgesamt liegt bei jährlich rund 3 ½ Prozent und damit um einen Prozentpunkt niedriger als bei der Langfristprognose 2011. Auf den ersten Blick sieht diese Rücknahme nicht besonders spektakulär aus, aber sie bedeutet eine verminderte Wachstumserwartung um nahezu ein Viertel. Die deutlichsten Korrekturen betreffen Russland (Rückgang um 2 ½ Prozentpunkte auf 2 Prozent), Brasilien (Rückgang um



2 Prozentpunkte auf 2 ½ Prozent) und China (Rückgang um mehr als 2 Prozentpunkte auf 5 ½ Prozent). Die stärksten Wachstumserwartungen bestehen für Indien (8 Prozent), weiterhin gering fallen die Prognosen für Japan (¾ Prozent, um einen halben Prozentpunkt weniger) und für die Eurozone (praktisch unverändert bei 1 ½ Prozent) aus.

Die Veränderungen beziehen sich, wie angegeben, auf den Vergleich der Prognosedaten 2017/2026 zu 2012/2021. Wenn man nun die Prognosen 2017/2026 mit der tatsächlichen Wirtschaftsentwicklung der vergangenen fünf Jahre vergleicht, zeigt sich, dass die OECD von einer **moderaten Beschleunigung des weltwirtschaftlichen Wachstums** ausgeht, wobei sich Wachstumsgewichte von China auf andere Emerging Markets verschieben. Auch der Wachstumsbeitrag der Eurozone sollte höher werden, da in den letzten fünf Jahren diese Ländergruppe die Wachstumserwartung von durchschnittlich 1 ½ Prozent pro Jahr nicht erreichen konnte.

Europäische Konjunkturumfragen

Der EU „**Business and Consumer Survey**“ zeigt seit nunmehr geraumer Zeit nur eher bescheidene Veränderungen: Der Index „Economic Sentiment Indicator“ (ESI) verharrt über dem langjährigen Durchschnitt, schwankt dabei in geringem Ausmaß und zeigt keinerlei Anstalten auch nur in die Nähe der Spitzenwerte der Vergangenheit zu klettern. Damit bildet er die grundsätzlich nicht schlechte, aber gleichzeitig auch nicht befriedigende Wirtschaftsentwicklung in Europa korrekt ab. Abgebildet wird damit auch, dass gegenwärtig keine klare Tendenz in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auszunehmen ist. Nachdem im Sommer 2016 der Teilindikator „Dienstleistungen“ unter den langjährigen Durchschnittswert abgesunken ist, liegen nun wieder alle Einzelindikatoren des ESI über dem Durchschnittswert.

In **regionaler Hinsicht** hat sich die Stimmung in Europa in den letzten Monaten angeglichen: Die Indikatoren liegen - von wenigen Ausnahmen abgesehen - bei oder relativ geringfügig über dem langjährigen Durchschnitt. Bemerkenswerte Abweichungen in positiver Hinsicht gibt es nur bei Kroatien, wo sich die Überwindung der lang anhaltenden Konjunkturschwäche in außerordentlich hohen Stimmungswerten niederschlägt (um 20% über dem langjährigen Durchschnitt) sowie in Zypern, Malta, Ungarn und Slowenien (mit

Werten um jeweils zumindest zehn Punkten über dem Durchschnitt). Markant unterdurchschnittlich ist die Einschätzung der Wirtschaftslage gegenwärtig nur in Griechenland, mit einem Indikatorwert von 92,4, und in Dänemark (96,5).

Die **Stimmungslage in der europäischen Industrie** liegt seit drei Jahren über dem langjährigen Durchschnitt, kann sich aber von diesem Durchschnitt nur geringfügig absetzen. Allerdings zeigen die Werte seit August 2016 eine Aufwärtstendenz, die über die geringe Schwankungsbreite der letzten Jahre etwas hinausgeht. Man wird wohl noch zwei oder drei Monatswerte abwarten müssen um zu sehen, ob damit eine signifikante und anhaltende Verbesserung der Stimmung in der europäischen Industrie verbunden ist.

Die einzelnen Einschätzungen zur Industrieentwicklung sind nicht leicht zu interpretieren: Die Produktion in den letzten Monaten wird ungewöhnlich schwankend beurteilt, was auf ein hohes Maß an kurzfristigen Aufträgen verweist. Gleichzeitig gibt es in den Auftragsbüchern noch keinen Hinweis auf eine deutliche Nachfragestärkung. Dennoch werden die Produktionserwartungen zuletzt klar positiver eingestuft. All dies könnte den Beginn eines Nachfragezyklus abbilden, in dem vorerst zwar bereits eine erhöhte Nachfrage besteht, diese aber - aus Gründen der Vorsicht - noch nicht in langfristigen Aufträgen abgebildet ist. Überraschend ist, dass die Unternehmen im vierten Quartal 2016 relativ optimistisch sind, höhere Verkaufspreise durchsetzen zu können; sollte sich dies bestätigen, müssten daraus angesichts der in den letzten Jahren optimierten Kostenstrukturen rasche Ertragssteigerungen resultieren, die ihrerseits das Investitionsklima verbessern sollten.

Die jüngste **Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung (IV)**, an der sich 388 österreichische Industrieunternehmen mit rund 258.000 Beschäftigten beteiligt haben, hat eine leichte Eintrübung der Geschäftslage gezeigt. Dank einer robusten Entwicklung der Auslandsaufträge hat sich die Auftragslage insgesamt weiter gefestigt, die Zukunftserwartungen der Unternehmen haben sich verbessert. Basierend auf die erhöhte Auftragslage ist die Produktionsplanung der Unternehmen für die kommenden Monate leicht expansiv.

DDr. Herwig W. Schneider ist Geschäftsführer des IWI und Mitherausgeber von „industrie aktuell“.

Andreas Mörk



Industriekonjunktur: anhaltender Rückgang mit branchenspezifischen Unterschieden

Österreichs Industrie erwirtschaftete im 1. Halbjahr 2016 einen Produktionswert von insgesamt 70,0 Milliarden Euro; seit 2013 ist der Produktionswert im ersten Halbjahr drei Mal in Folge gesunken.

Österreichs Industrie erwirtschaftete im 1. Halbjahr 2016 einen Produktionswert von insgesamt 70,0 Milliarden Euro (Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich; Sonderauswertung nach

der Kammersystematik, vorläufige korrigierte Ergebnisse für 2015 und 2016). Im Vergleich zum 1. Halbjahr des Vorjahres reduzierte sich das Produktionsvolumen der Industrie um eine Dreiviertelmilliarde Euro bzw. um nominell 1,1%. Die Industrieproduktion in Österreich war damit das dritte Mal hintereinander rückläufig. Real - mit dem HVPI inflationsbereinigt - ergibt dies für den Zeitraum Jänner bis Juni 2016 einen Produktionsrückgang um 1,9%.

Betrachtet man die Entwicklung der Industrie ohne die beiden von der Ölpreisentwicklung abhängigen Branchen Mineralölindustrie sowie Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen so weist die Produktion im ersten Halbjahr 2016 hingegen einen Anstieg von nominell 2,4% zum Vorjahreszeitraum aus.

Innerhalb der Industrie wiesen sieben Branchen - nämlich Elektro/Elektronik, Fahrzeuge, Bauindustrie, Maschinen/Metallwaren/Gießereien, Nahrungs- und Genussmittel, Stein/Keramik sowie knapp auch Textil/Bekleidung/Schuh/Leder in den ersten sechs Monaten 2016 einen Produktionsanstieg aus, während die

restlichen neun Branchen ihr Vorjahresniveau nicht erreichen konnten.

Im dritten Quartal 2016 zeigt die heimische Industrieproduktion starke Schwankungen: Im Monat Juli 2016 sank die abgesetzte Industrieproduktion um 9%, während im August 2016 ein Produktionsanstieg um über 6% erzielt werden konnte.

Der Produktionsindex der heimischen Industrie erhöhte sich im 1. Halbjahr 2016 um 2,6% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Im Monat Juli 2016 sank der Index um 1,8%, während er im August 2016 um 4,1% anstieg.

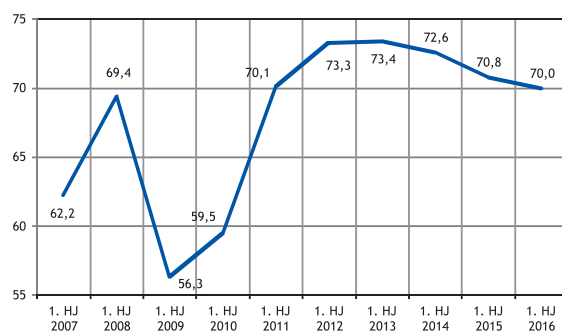
Auftragseingänge der Industriebetriebe

Die um die Storni bereinigten Auftragseingänge der Industriebetriebe (u.a. ohne der Mineralölindustrie und ohne Gas/Wärme) wiesen in den ersten sechs Monaten 2016 mit 45,0 Milliarden Euro einen nominellen Anstieg um 3,1% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum aus, wobei sich die inländischen Auftragseingänge um 5,0% und die ausländischen um 2,5% vergrößerten.

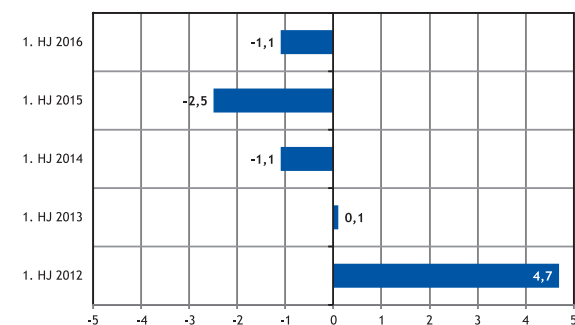
Nominell lag das Volumen der Industrie-Auftragseingänge im Berichtszeitraum in etwa auf dem Niveau des 1. Halbjahres 2012.

Die um die Storni bereinigten Auftragseingänge der Industriebetriebe wiesen in den ersten sechs Monaten 2016 einen nominellen Anstieg um 3,1% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum aus.

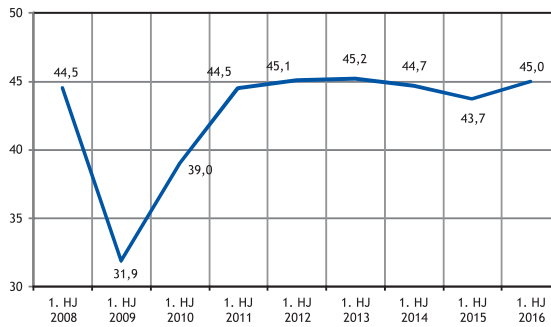
Österreichs Industrie
Abgesetzte Produktion
im 1. Halbjahr, nominell, in Milliarden EUR



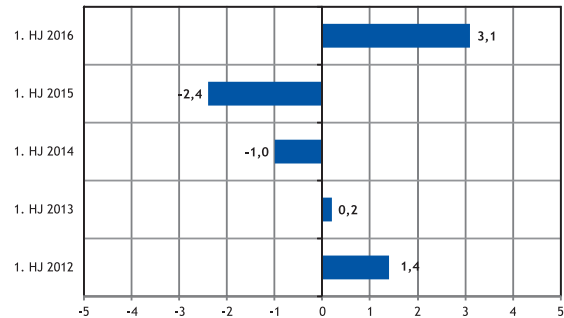
Österreichs Industrie
Abgesetzte Produktion
Nominelle Veränderung zum Vorjahreshalbjahr in %



Österreichs Industrie
Bereinigte Auftragseingänge
Halbjahr - nominell, in Milliarden EUR



Österreichs Industrie
Bereinigte Auftragseingänge
Insgesamt - Veränderung zum Vorjahreshalbjahr in %



Im Monat Juli 2016 wiesen die Industrie-Auftragseingänge ein Minus von 7,3% aus. Der August brachte hingegen einen Anstieg der Auftragseingänge um 9,5%.

Die Industriebeschäftigten

Im Durchschnitt des 1. Halbjahres 2016 waren in den heimischen Industriebetrieben insgesamt 399.905 Personen beschäftigt. Im Vorjahresvergleich stieg die Anzahl des Eigenpersonals um 1,8%. Die Anzahl der Arbeiter erhöhte sich leicht um 0,1%, jene der Industriearbeitenden um 4,3%.

Zählt man zum Eigenpersonal der heimischen Industrie das Fremdpersonal hinzu, so wies der Gesamtbeschäftigtenstand im Durchschnitt der ersten sechs Monate 2016 insgesamt 423.559 Arbeitnehmer aus (+ 1,9% gegenüber dem Zeitraum 1-6/2015).

Das in den Industriebetrieben eingesetzte Fremdpersonal stieg im Durchschnitt des Zeitraums Jänner bis Juni 2016 um 3,8% an.

In den Monaten Juli und August 2016 setzte sich die steigende Tendenz beim Eigenpersonal sowie beim Gesamtpersonal der Industriebetriebe weiter fort.

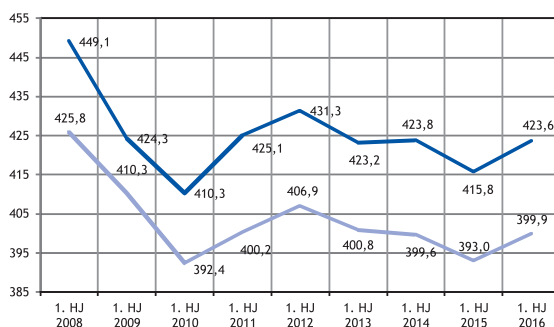
Österreichs Exporte im ersten Halbjahr 2016

Österreichs Ausfuhren, von denen rund drei Viertel von der heimischen Industrie stammen, erreichten im 1. Halbjahr 2016 ein Volumen von insgesamt 65,5 Milliarden Euro. Im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres bedeutet dies ein Plus von nominell 1,2%.

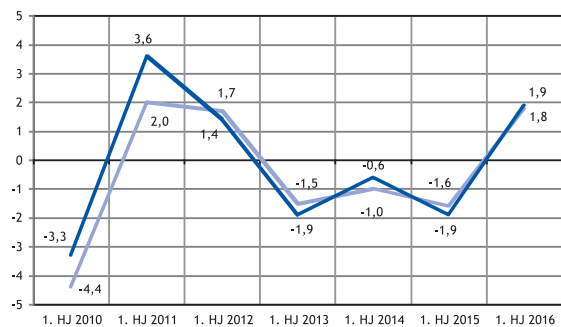
Im ersten Quartal 2016 stiegen die heimischen Exporte um 0,7% an. Im Zeitraum April bis Juni 2016 erhöhte sich das Exportplus weltweit auf 1,8%. Für das dritte Quartal 2016 liegen derzeit nur zwei unterschiedlich verlaufende Berichtsmonate vor. Im Juli gingen die heimischen Exporte nämlich um 8,7% zurück, während im August 2016 um 3,3% mehr österreichische Waren weltweit verkauft werden konnten. Im Durchschnitt der ersten acht Monate 2016 vergrößerten sich die Ausfuhren leicht um nominell 0,6%.

Die Lieferungen in den Europäischen Binnenmarkt, in den fast 70% der gesamten heimischen Ausfuhren gehen, stiegen im 1. Halbjahr 2016 um 1,9% bzw. um 851 Millionen Euro auf 45,7 Milliarden Euro. In die EFTA (Exportanteil von 6%) konnte bloß eine leichte Ausfuhrsteigerung um 0,2% auf vier Milliarden Euro

Österreichs Industrie
Beschäftigte - Eigenpersonal und Gesamtpersonal
Anzahl absolut in 1.000

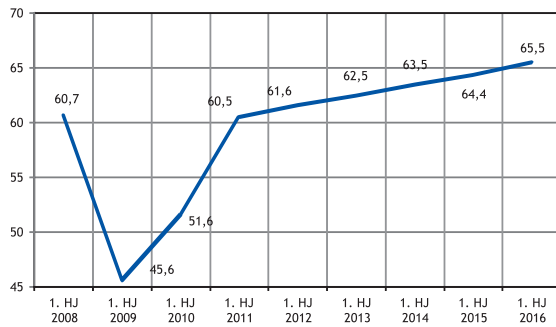


Österreichs Industrie
Beschäftigte - Eigenpersonal und Gesamtpersonal
Veränderung zur Vorjahresperiode in %



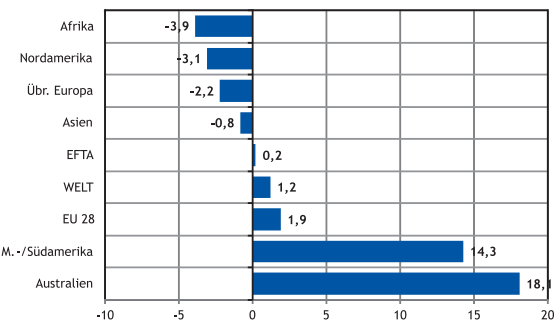
Österreichs Ausfuhren

Im Halbjahr, nominell, in Milliarden EUR



Österreichs Ausfuhren im 1. Halbjahr 2016

Nach Wirtschaftsböcken, nom. Veränderung zum Vorjahreshalbjahr in %



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Außenhandel; vorläufige Daten 2016 zu den endgültigen Ergebnissen 2015

Im ersten Quartal 2016 stiegen die heimischen Exporte um 0,7% an. Im Zeitraum April bis Juni 2016 erhöhte sich das Exportplus weltweit auf 1,8%.

erzielt werden. In das Übrige Europa (4% der Gesamtexporte) gingen die Warenlieferungen hingegen um 2,2% bzw. um rund 55 Millionen Euro zurück. Dafür war insbesondere der um über 14% weiter rückgängige Warenexport in die Russische Föderation verantwortlich.

Nach **Übersee** reduzierten sich die heimischen Ausfuhren nach Asien um 0,8% auf sechs Milliarden Euro (bei einem Exportanteil Asiens von 9%), sie liegen somit etwa gleich hoch wie die - fast unveränderten - Exporte nach Nord- und Südamerika. Während die österreichischen Exporte nach Nordamerika aber einen Rückgang um 3,1% auswies, stiegen sie im 1. Halbjahr 2016 nach Mittel- und Südamerika um 14,3% an.

Nach Australien/Ozeanien stieg der heimische Export um 18,1% auf über eine halbe Milliarde Euro an, nach Afrika hingegen ging er im Berichtszeitraum um 3,9% auf 786 Millionen Euro zurück.

Die mit großem Abstand bedeutendste **Produktgruppe** der heimischen Exporte im Zeitraum Jänner bis Juni 2016 war „Maschinen und Apparate“, Kapitel 84 des Zolltarifs (Kombinierte Nomenklatur KN). Sie nahmen mit einem Wert von 12,1 Milliarden Euro 18,5% der Gesamtexporte ein. Ihr Exportvolumen stieg gegenüber dem Vorjahreshalbjahr um 3,6%. Dahinter folgten mit einem Anteil von je rund 10% „Elektrische Maschinen und Apparate“ mit 6,8 Milliarden Euro (+ 1,6%) sowie „Kraftfahrzeuge“ mit 6,5 Milliarden Euro (+ 3,9% gegenüber dem 1. Halbjahr 2015).

Konjunktüreinschätzungen der Fachverbände über das zweite Halbjahr 2016

Die für das zweite Halbjahr 2016 von der Bundessparte Industrie durchgeführten Konjunktüreinschätzungen

der 15 Industriefachverbände betreffend die Merkmale „Produktion“, „Auftragseingänge“ sowie „Beschäftigte“ ergeben folgendes Ergebnis:

Bei der **Produktion** zeigt der Saldo der erfassten Fachverbandseinschätzungen „steigend“ minus „fallend“ mit „0“ für das 2. Halbjahr 2016 eine gleichbleibende Erwartungshaltung gegenüber dem Vorjahreszeitraum, wobei drei Fachverbände eine Steigerung (Elektro/Elektronik, Bauindustrie sowie Textil/Bekleidung/Leder/Schuh) und ebenfalls drei einen Rückgang der Produktion (Bergwerke/Stahl, NE-Metall, Fahrzeuge) erwarten. In der Betrachtung des Verlaufs innerhalb des heurigen Jahres, also im Vergleich des 2. Halbjahres 2016 gegenüber dem 1. Halbjahr, ergibt sich bei den Produktionseinschätzungen ebenfalls der Saldo „0“.

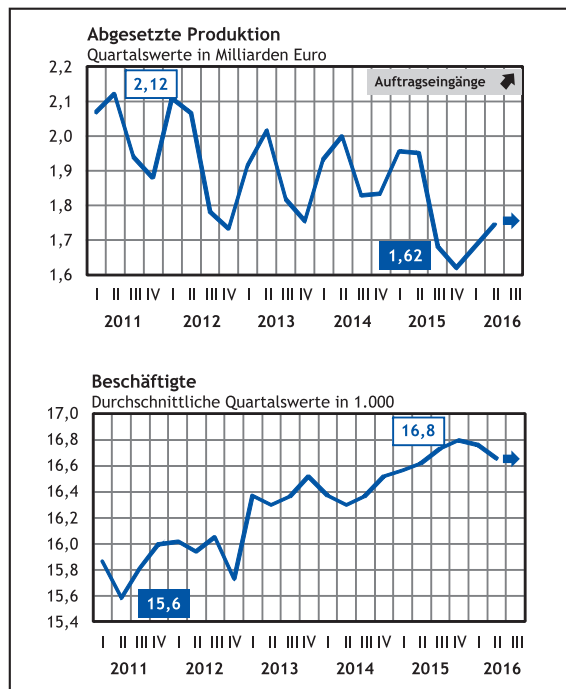
Bei der Einschätzung der **Auftragseingänge** für das 2. Halbjahr 2016 erwarten zwei Drittel der Fachverbände eine gleichbleibende Entwicklung. Der Saldo der Auftragseingangseinschätzung beträgt auch hier „0“. Im Vergleich zum 1. Halbjahr 2016 ergibt sich in der Einschätzung der Fachverbände „- 1“ (positive Einschätzung: Bergwerke/Stahl; negativ: NE-Metall und Fahrzeuge)

Der Saldo der **Beschäftigten** beträgt im Berichtszeitraum zum Vorjahresvergleich „+2“ (positive Einschätzung von Maschinen/Metallwaren/Gießerei und Chemie), im Vergleich zum 1. Halbjahr 2016 hingegen „0“ wobei alle Branchen einen gleichbleibenden Stand erwarten.

Die für das zweite Halbjahr 2016 von der Bundessparte Industrie durchgeführten Konjunktüreinschätzungen der 15 Industriefachverbände ergeben hinsichtlich „Produktion“, „Auftragseingänge“ sowie „Beschäftigte“ nur geringe Veränderungen.

Mag. Andreas Mörk ist Geschäftsführer der Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich.

Bergwerke und Stahl

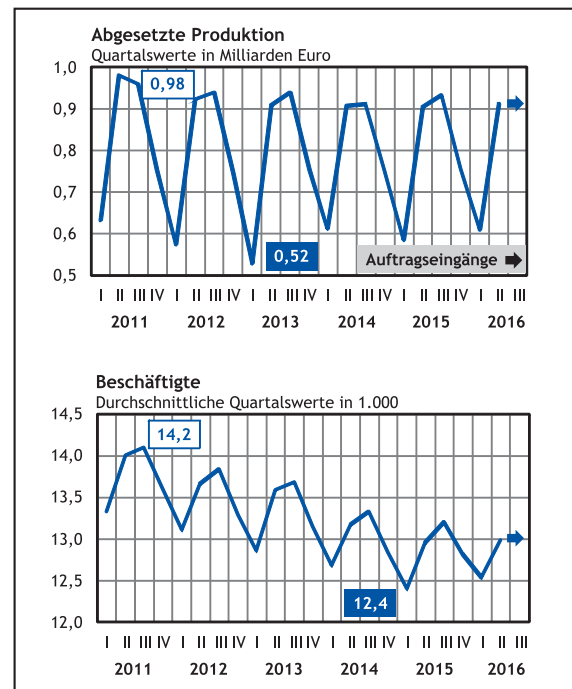


Die wirtschaftliche Entwicklung im 2. Halbjahr 2016 wird von den Betrieben des österreichischen Bergbaus und der Stahlindustrie vorsichtig optimistisch beurteilt. Anhaltend problematisch sind die rückläufigen Rohstoffpreise, die niedrigen Marktpreise für die Stahlindustrie und die hohen Standortkosten (Energie, Personal). Die Investitionen liegen auf niedrigem Niveau. Beide Branchen benötigen verbesserte Umfeldbedingungen, wie Abbau der Bürokratie und flexiblere Arbeitszeiten.

Die Betriebe des österreichischen **Bergbaus** erwarten im 2. Halbjahr 2016 durch die leichte Konjunkturbelebung der nachgelagerten Branchen eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung. Aufgrund leicht fallender Rohstoffpreise wird der Umsatz jedoch unter jenem des 2. Halbjahres 2015 liegen. Mengenmäßige Steigerungen verzeichnen der Magnesit-, Salz- und Eisenglimmerbergbau. Die übrigen Bergbaue, wie der Eisenerz-, Wolfram-, Talk-, Leukophyllit-, und Grafitbergbau, entwickeln sich stabil bis leicht negativ.

Die österreichische **Stahlindustrie** ist auch im 2. Halbjahr 2016 mit zu niedrigen Marktpreisen konfrontiert. Die Rohstahlproduktion liegt unter dem Niveau des Vorjahres, die Produktion von Walzprodukten konnte durch die verstärkte Nachfrage aus der Automobilindustrie leicht gesteigert werden. Positive Impulse kommen auch aus dem Maschinenbau und der Haushaltstechnik. Die übrigen Marktsegmente sind rückläufig, insbesondere der Energiebereich. Auch bei Edelstahl verzeichnet die Branche nur eine mäßige Dynamik.

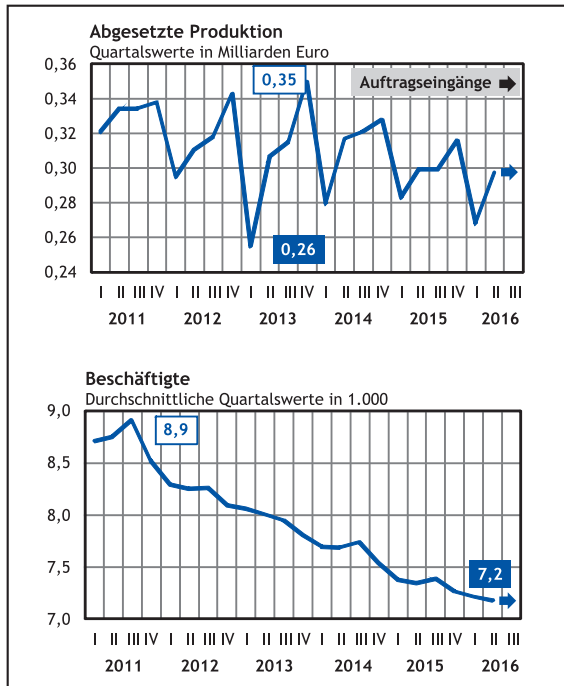
Stein- und keramische Industrie



Die **Auftragslage** in der Stein- und keramischen Industrie entwickelt sich - nach einem guten ersten Halbjahr 2016 - im dritten Quartal uneinheitlich. Die **Produktion** konnte im ersten Halbjahr um insgesamt 2,3% ausgeweitet werden, die größten Zuwächse erzielten die Transportbetonindustrie (+7,8%), die Zementindustrie (+7,4%), die Ziegelindustrie (+6,7%) sowie die Beton- und -fertigteileindustrie (+5,0%). Aufgrund des schwächelnden Straßenbaus zeigten die Sand- und Kiesindustrie (-1,3%) und die Schotterindustrie (-1,3%) ebenso eine rückläufige Tendenz wie die unter hohem Importdruck stehende Naturwerksteinindustrie (-4,6%) und Kalkindustrie (-1,6%). Die Putz- und Mörtelindustrie (-0,1%) stagnierte aufgrund der schwachen Entwicklung im Sanierungsbereich. Die **exportorientierten** Industriezulieferer (Feinkeramik, Feuerfest, Schleifmittel) verzeichneten gesamt ein Minus von 1,4%, wobei einem leichten Umsatzplus bei der Schleifmittelindustrie ein Rückgang bei der Feinkeramische Industrie um 8,6% - durch Verlagerungen ins Ausland - gegenübersteht.

Der wichtige Bereich „Sanierung“ entwickelt sich derzeit rückläufig, der Wohnbau konstant. Die „Verlängerung“ der Wohnbauförderung als Ergebnis der Finanzausgleichsverhandlungen lässt die WBF vorerst als gesichert erscheinen. Die fehlende Zweckbindung und die Tatsache, dass die Mittel aufgrund hoher energetischer Förderauflagen immer weniger abgeholt werden, führen dazu, dass Wohnbaugeld zweckwidrig verwendet wird. Dem gilt es entgegen zu wirken.

Glasindustrie

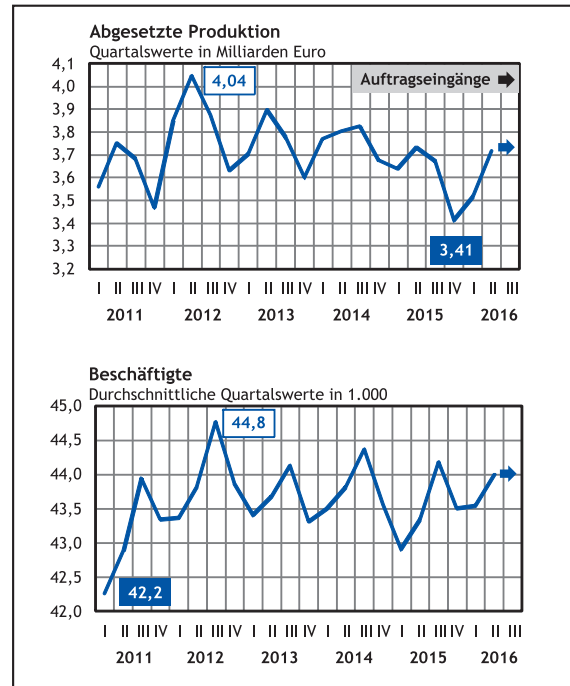


Bei den glasbe- und -verarbeitenden Unternehmen ist die Stimmung durchwachsen. In der **Fensterglas**produktion kann das Verkaufsvolumen am Heimatmarkt zumindest durch den Neubau gehalten werden. Das Sanierungsgeschäft trägt aber den größten Anteil am Umsatz. Das Projektgeschäft ist anhaltend schwierig. Die Belieferung von großvolumigen Glasfassaden ist aufgrund des beinhalten Preiswettbewerbs mit ausländischen Mitbewerbern weiterhin verlustanfällig.

Die Auftragslage im Export ist im **Wirtschaftsglas**bereich stabil. Auf dem asiatischen Markt besteht eine kontinuierliche Nachfrage nach Qualitätsprodukten und auch im europäischen und nordamerikanischen Raum sieht man noch Wachstumspotential. Produkte des gedeckten Tisches sind im saisonalen Weihnachtsgeschäft umsatzstark. Dies gilt auch im Schmuckbereich, wo die hohe Produktqualität der Kristalle maßgeblich für den Erfolg ist. Infolge des Preisdrucks wird aber weiterhin auch auf Produkte im niederen Preissegment gesetzt und die Produktpalette mit innovativen Projekten ausgebaut.

Die **Verpackungsglas**hersteller verfügen über eine hervorragende Marktstellung und bauen den Markt im In- und Ausland kontinuierlich aus. Die Auftrags-eingänge sind gleichbleibend und die Absatzmengen von Glasverpackungen stabil. Investitionen in die Erneuerung und Modernisierung der Produktionsanlagen haben aufgrund von Kapazitätsausfällen zu leichten Umsatzeinbußen geführt. Um die Konkurrenzfähigkeit zu sichern sind ständige Prozess- und Technologieoptimierungen notwendig.

Chemische Industrie



Die **Konjunktorentwicklung** in der chemischen Industrie ist weiterhin sehr verhalten. Bis zum Juni des Jahres erzielte die Branche umsatzmäßig gerade einmal eine schwarze Null.

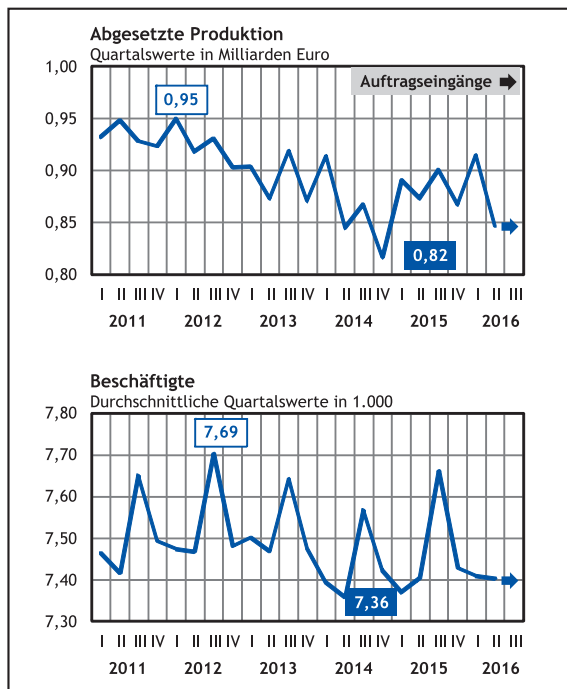
Das Konjunkturbild ist dabei ausgesprochen heterogen. Der Grundstoffbereich hat Rückschläge zu verzeichnen, die teilweise zweistellig sind. Produkte mit einem höheren Verarbeitungsgrad konnten sich dagegen besser behaupten. Insgesamt ergab das aber nur ein Ergebnis an der erwähnten Nulllinie.

Wachstumsimpulse kamen noch am ehesten aus dem **Auslandsgeschäft**, das um rund 3% anziehen konnte. Das Inlandsgeschäft war dagegen kaum eine Stütze.

Nichtsdestotrotz ist die Zahl der **Arbeitsplätze** in der Chemie geringfügig gestiegen. Die Branche beschäftigt derzeit rund 45.000 Mitarbeiter, um 1,4% mehr als im Vorjahr.

Die Stimmung in der Branche ist nicht überschäumend, aber besser als es die statistische Datenlage vermuten ließe. Man ist durchaus positiv gestimmt und hofft auf eine wirtschaftliche Erholung. Sollte es ein wenig Rückenwind durch das politische und wirtschaftliche Umfeld geben, so kann für das Gesamtjahr 2016 noch ein moderates Wachstum der Branche erwartet werden.

Papierindustrie



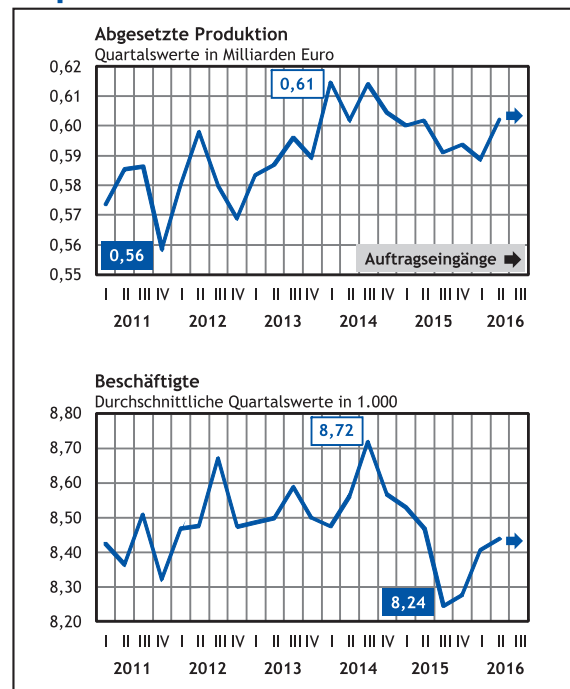
Seit einem Höhepunkt 2007 stagniert die Herstellung von **Papier** in Österreich. 2016 geht die Produktion durch geringere Exporte und Schwäche im Grafischen Bereich zurück (-1,7%). Beim **Zellstoff** hingegen gibt es ein deutliches Wachstum (+19,2%), weil der Ausfall des Vorjahres wieder aufgeholt werden kann. Die großen Umbauten in Pöls, Gratkorn und Laakirchen sind abgeschlossen, sodass die volle Kapazität für heuer zur Verfügung steht. Durch das Plus bei Zellstoff legte der Umsatz der gesamten Branche zu (+3,3%).

Trotz des Mengenrückgangs sind die **Erlöse** bei Papier zurzeit gleichbleibend. Das zur Herstellung benötigte Industrierohholz wird in Österreich durch Holzverbrennung zunehmend knapp. In Folge pocht die Branche auf die Umsetzung einer nationalen, kaskadischen Nutzungsstrategie.

Investitionen finden hauptsächlich zum Erhalten des Stands der Technik statt. Mayr-Melnhof gab einen Kraftwerksneubau in Frohnleiten bekannt, in Laakirchen und Bruck laufen Vorbereitungen für Sortenwechsel (machine conversion). Als Teil der „**Roadmap 2050**“ der europäischen Papierindustrie läuft in Graz das kooperative Projekt Flippr, das für neue Möglichkeiten der Bioraffinerie aus Zellstoff-Lauge forscht.

Zur Industriepolitik in Österreich meldet sich der Branchenverband Austropapier regelmäßig zu Wort, aktuell vermehrt zu den Themen Holzverfügbarkeit, Ökostrom-Regime, Energieeffizienz. Der Verband präsentierte im Sommer eine neue Studie des IÖ-Instituts, die mehrere Nutzungsszenarien untersucht hat.

PROPAK - Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton

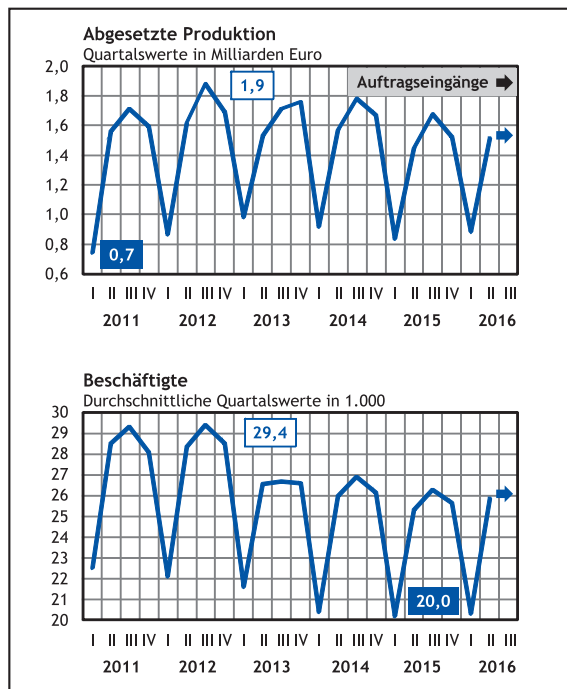


Die **Auftragslage** im Bereich der Herstellung von Produkten aus Papier und Karton weist eine hohe Volatilität auf, in Summe ist sie gegenüber dem 1. Halbjahr 2016 rückläufig. Die **Produktionsentwicklung** zeigt wertmäßig ein leichtes Wachstum, mengenmäßig aber leichte Rückgänge. Hinsichtlich der Produktbereiche gibt es bei den „sonstigen Papierwaren“ eine sinkende Produktionsentwicklung, im Verpackungsbereich hingegen ein Wachstum. Der Verpackungsbereich ist auch maßgeblich dafür verantwortlich, dass die **Exporte** weiterhin - trotz insgesamt leicht rückläufiger Entwicklung - eine Stütze der Gesamtentwicklung der Branche darstellen.

Die Unternehmen sind aufgrund eines stetig steigenden Wettbewerbsdruck, nicht zuletzt aufgrund von Überkapazitäten, mit einer unbefriedigenden Entwicklung der **Verkaufspreise** konfrontiert. Die **Kosten** für Rohmaterialien haben sich zuletzt stabil gezeigt, eine Entlastung bei den Personalkosten ist zentrales Anliegen der Branche.

Die **Beschäftigungsentwicklung** ist innerhalb der Branche uneinheitlich, insgesamt aber tendenziell rückläufig. Unternehmen melden teilweise massive Schwierigkeiten bei der Personalsuche. Die **Investitionstätigkeit** ist gegenüber dem Vorjahr stabil, die Investitionsquote liegt unverändert bei 6% und betrifft zu zwei Drittel Ausrüstungsinvestitionen. Die Unternehmen sind bemüht in allen Bereichen die Effizienz zu erhöhen um damit die Marktposition zu verbessern. Ein wichtiges Anliegen bleibt eine Arbeitszeitflexibilisierung.

Bauindustrie



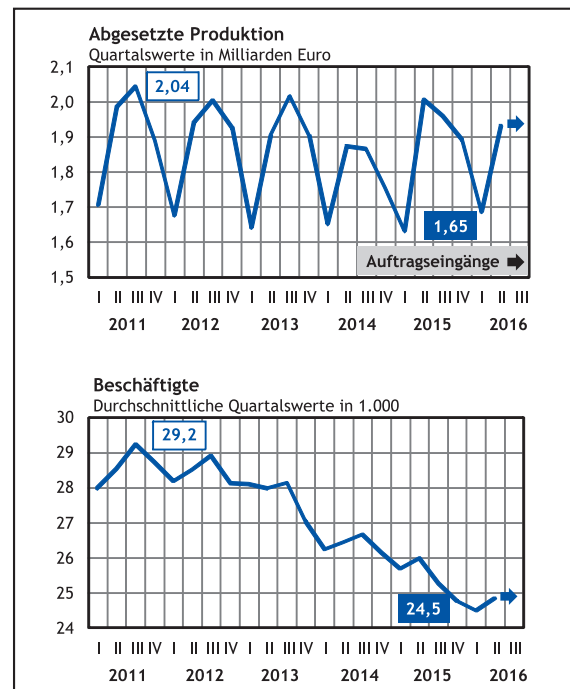
Die Konjunktureinschätzungen der österreichischen Bauunternehmen waren laut WIFO im Oktober 2016 abermals besser als in den Monaten davor. Gegenüber August verbessern sich die Auftragsbestände (saisonbereinigt) geringfügig. Drei Viertel der Unternehmen beschreiben die aktuelle **Auftragslage** als zumindest ausreichend. Die kurzfristige Entwicklung der Bauwirtschaft wird zwar ebenfalls positiver, allerdings immer noch sehr verhalten eingeschätzt.

Aufgrund der immer noch wachsenden Bevölkerung steigt die Zahl der erforderlichen Haushalte. Im Zusammenspiel mit den hohen Immobilienpreisen sollten die privaten Wohnbauinvestitionen mittelfristig zunehmen. Im Gegensatz dazu ist der Ausblick für den Tiefbau durch den Spardruck der öffentlichen Haushalte weniger positiv. Insgesamt erwartet man für die Bauwirtschaft über die kommenden vier Jahre ein durchschnittliches Wachstum von 1,5% pro Jahr.

Ungeachtet der leicht verbesserten Auftragslage steht die Bauwirtschaft in einem hohen Preiswettbewerb. Steigende Auftragsvolumina bilden sich noch nicht in der Ertragslage ab. Im dritten Quartal stagniert das **Preisniveau** sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau. Die Unternehmen erwarten für das nächste Halbjahr einen leichten Anstieg der Marktpreise. Die Entwicklung der **Beschaffungskosten** für die wesentlichen preisrelevanten Baustoffe ist derzeit weitgehend stabil.

Die Zahl der Beschäftigten in der Bauindustrie stagnierte im zweiten und dritten Quartal 2016 gegenüber dem Vorjahr.

Holzindustrie

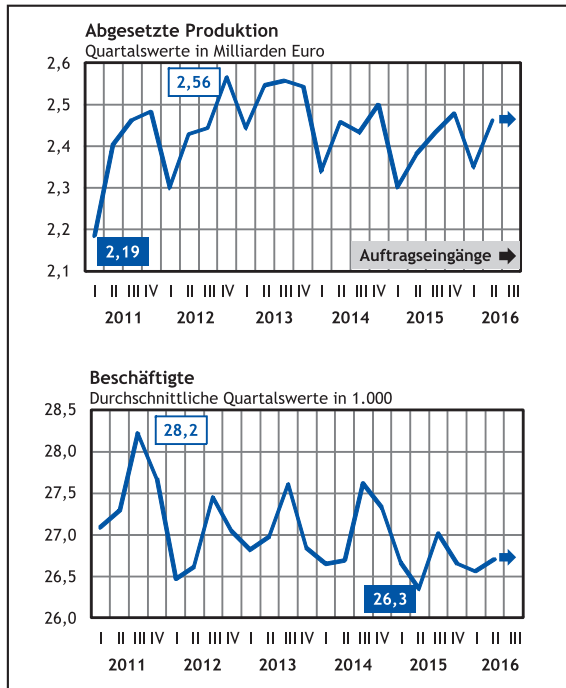


Die **Auftragslage** der Holzindustrie insgesamt ist besser als in der Vergangenheit, Ausnahmen gibt es in der Baubranche. Auf Grund der leicht gestiegenen Auftragslage ist auch die **Produktion** leicht steigend. Gestützt wird die positive Entwicklung durch die **Exportmärkte**, die - mit den wichtigen Ausnahmen Italien und der Levante - fast durchwegs leicht positive Tendenzen zeigen.

Die **Preise** sind grundsätzlich unverändert, nur kleine Teilsegmente im Baubereich zeigen eine leicht steigende Preisentwicklung. Die **Kostensituation** hat sich leicht entspannt, allerdings verharren die Vormaterialpreise auf relativ hohem Niveau.

Speziell in der Wertschöpfungstiefe hat sich das **Investitionsklima** leicht verbessert. Die Tendenz eines weiteren - wenn auch leichten - Beschäftigtenrückgangs ist unverändert. Die Holzindustrie fordert eine rasche Verbesserung der Rahmenbedingungen ihrer Tätigkeit durch ein Maßnahmenpaket, analog zum jüngsten KMU-Paket der Bundesregierung.

Lebensmittelindustrie

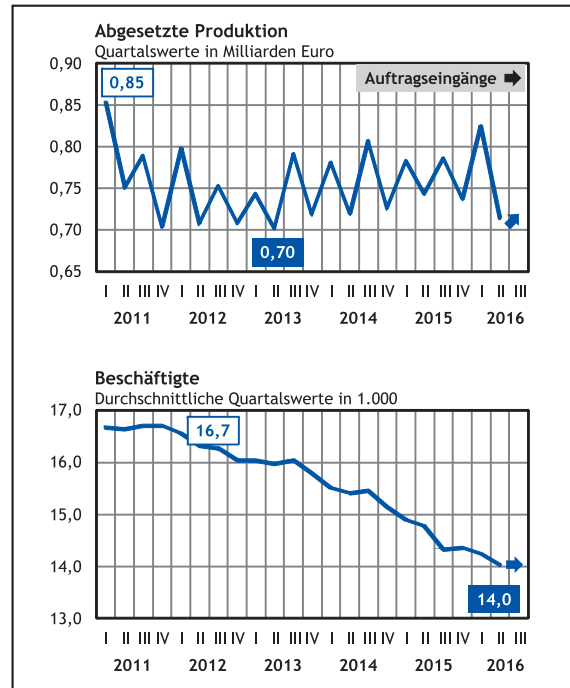


Der österreichische Lebensmittelmarkt ist nach wie vor heiß umkämpft. Im Mittelpunkt des täglichen Kampfes um Marktanteile im österreichischen Lebensmitteleinzelhandel stehen Preissenkungen, Dauertiefpreis-Garantien, Aktionen am laufenden Band und die verstärkte Positionierung von Eigenmarken. Zusätzlich bedeuten volatile Rohstoff-, Energie- und Transportkosten große Herausforderungen für die Lebensmittelbranche.

Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen konnte die österreichische Lebensmittelindustrie im ersten Halbjahr 2016 ihre **Produktion** um 2,6% erhöhen. Die Branche ist daher zuversichtlich, ihr Umsatzziel für das Gesamtjahr 2016 - acht Milliarden Euro abgesetzte Produktion - wieder zu erreichen. Die **Exporte** der Lebensmittelindustrie zeigen für das erste Halbjahr 2016 ein Plus von 4,8%, trotz angespannter Märkte und Überangebot bei manchen Agrarprodukten in Folge der Ukraine-Russland-Krise. Die österreichische Lebensmittelindustrie konzentrierte ihre Exportbemühungen auf Märkte außerhalb Europas, wo der Absatz um fast 10% gesteigert werden konnte. Exportmotor dabei war der US-Markt (+ 25%).

Wichtige Zielsetzung der Branche ist weiterhin sich bei ihren Exportbemühungen auf die Stärken der österreichischen Lebensmittelwirtschaft zu besinnen und dafür alle Kräfte zu bündeln: Die „Internationalisierungsoffensive“ des Wirtschaftsministeriums und die „Exportinitiative neu“ des Ministeriums für ein lebenswertes Österreich sind aktuell wichtiger denn je für die Branche.

Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie

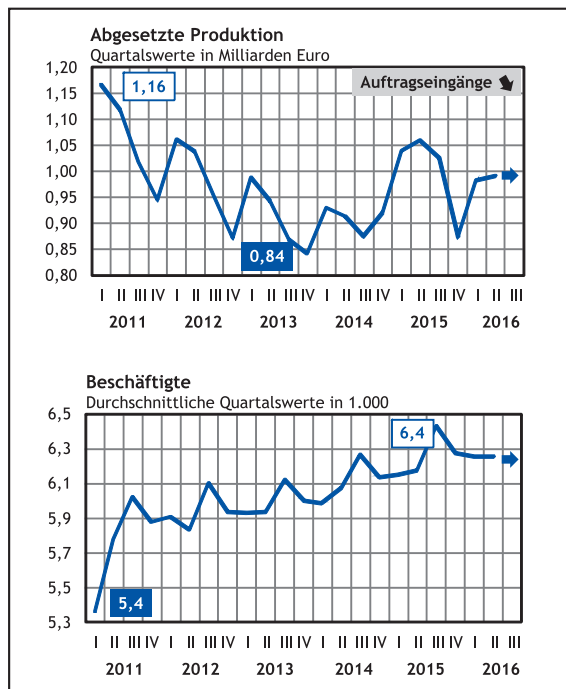


Die aktuellen Daten zeigen, dass die abgesetzte Produktion in der **Bekleidungsindustrie** im laufenden Jahr das Vorjahresniveau sicher erreichen und - zumindest geringfügig - übertreffen wird. Der Zuwachs ist durch eine verstärkte Inlandsnachfrage im zweistelligen Bereich sowie durch die stabile Nachfrage aus dem Euroraum bedingt. Das Promptgeschäft nimmt dabei gegenüber dem bisherigen Preorderverhalten zu. Durch eine massive Umstrukturierung eines Großunternehmens ist die Beschäftigtenzahl rückläufig.

In der **Schuh- und Lederwarenindustrie** ist die Auftragslage trotz schwierigem Marktumfeld positiv, Zuwächse kommen vor allem aus dem Bereich E-Commerce. Die Produktionsauslastung konnte etwas gesteigert werden. Im Export zeigen sich leicht positive Aspekte, jedoch ist die Preisentwicklung in wichtigen Märkten schwierig. Die Kostensituation ist unter Druck, die Beschäftigtenzahl ist nahezu gleichbleibend und die Investitionstätigkeit beschränkt sich auf Ersatzinvestitionen.

Die **Textilindustrie** kann sich im Großen und Ganzen gut behaupten, die Exportzahlen bleiben weitgehend stabil. Die Auftragseingänge langen immer kurzfristiger ein, die kontinuierliche Planung wird somit beinahe unmöglich. Um auf dem Markt bestehen zu können, ist eine fortführende Spezialisierung erforderlich und eine stärkere Hinwendung zu technischen Textilien feststellbar. Wichtige Forderungen der Branche sind mehr Flexibilität in der Arbeitszeit, eine Senkung von Lohnnebenkosten sowie der Bürokratieabbau.

NE-Metallindustrie



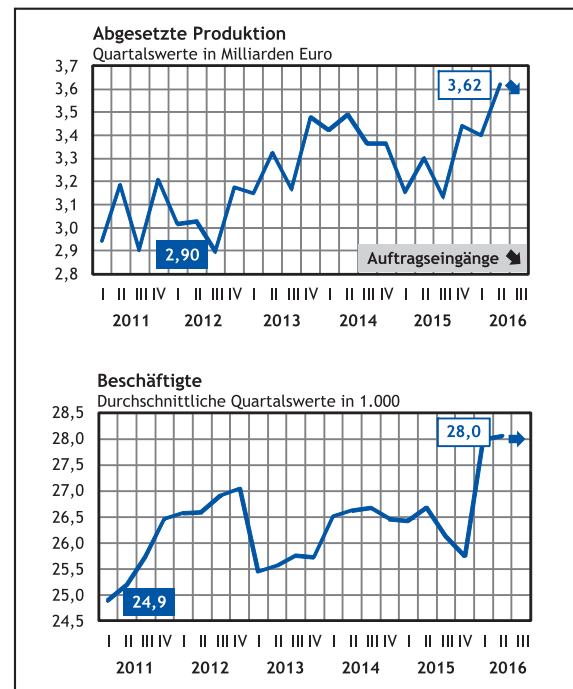
Im 2. Halbjahr 2016 setzt sich der Konjunkturaufschwung in der österreichischen NE-Metallindustrie nicht mit der erwarteten Dynamik fort, sondern verflacht zusehends. Die Weltmarktnotierungen für NE-Metalle an der LME (London Metal Exchange) weisen - bedingt durch die Überkapazitäten weltweit - nach wie vor sinkende Tendenz auf. Auch die Teilindices des österreichischen Großhandelspreisindex stagnieren.

Die österreichische **Aluminiumindustrie** konnte bei Walzwaren durch die Ausweitung der Kapazität und der Produkte deutliche Mengenzuwächse erreichen. Der Umsatz steigt durch den niedrigen Aluminiumpreis nur leicht an. Laut CRU-Studie (Commodity Pricing & Research) wird ein jährliches Wachstum des Weltmarktes um 4% prognostiziert. Auch Aluminiumprofile verzeichnen leichte Steigerungen, bleiben jedoch hinter den Erwartungen zurück. Deutliche Impulse kommen aus der Automobilindustrie, die Nachfrage aus den übrigen Segmenten ist unverändert.

Die österreichische **Kupferindustrie** registriert bei Kupferformaten aus Kupferkathoden - nach Steigerungen im 1. Halbjahr - ein Nachlassen der Nachfrage im 2. Halbjahr 2016. Die Produktion wird insgesamt etwas über dem Niveau des 2. Halbjahres 2015 liegen. Bei Kupferhalbfabrikaten (copper semis) ist der Auftragseingang leicht steigend, die Erlössituation jedoch durch den niedrigen Kupferpreis unbefriedigend.

Die Zahl der **Beschäftigten** entwickelt sich unverändert stabil. Die **Investitionen** liegen auf niedrigem Niveau.

Fahrzeugindustrie

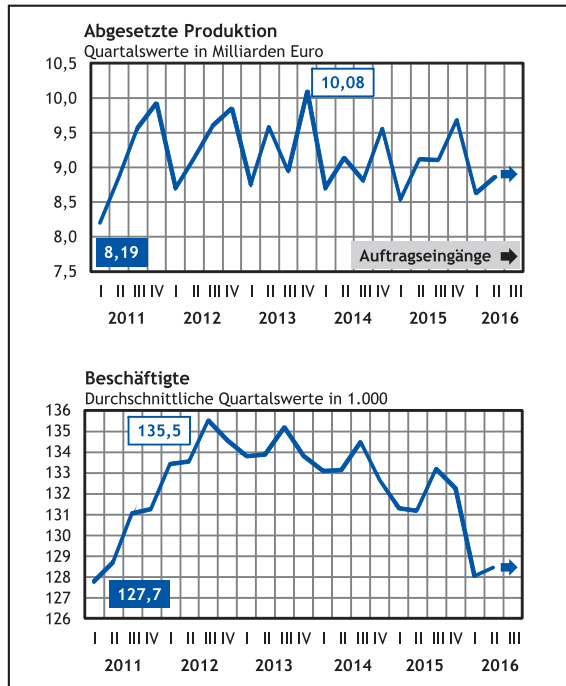


Die Konjunkturaussichten in der österreichischen Fahrzeugindustrie haben sich seit dem Frühjahr kaum verändert. Nach wie vor überwiegt der Anteil jener Unternehmen, die **Produktionsrückgänge** bzw. kein Wachstum für 2016 erwarten. Dennoch wird als Gesamtergebnis für die österreichische Fahrzeugindustrie eine Zunahme des wertmäßigen Produktionsvolumens im Gesamtjahr 2016 um + 2,0% erwartet.

Im Pkw Bereich werden heuer nur rund 90.000 Autos produziert. Aufgrund von Neuaufträgen soll aber die Produktion bis 2018 auf über 200.000 Autos pro Jahr gesteigert werden. Im Nutzfahrzeubbereich wird ein verstärkter Ausbau der Sonderfahrzeug-Fertigung erwartet. Im Motorenbereich wird die Produktpalette um Elektromotoren erweitert. Die österreichischen Hersteller von landwirtschaftlichen Zugmaschinen sind von massiven Rückgängen am europäischen Markt und den geringen Investitionen der heimischen Landwirte betroffen; eine konsequente Nischenstrategie kann diese Rückgänge nur teilweise kompensieren.

Bedingt durch neue Aufträge gibt es im Pkw-Bereich derzeit einen überdurchschnittlich hohen Bedarf an zusätzlicher **Beschäftigung** (rund 4.000 Mitarbeiter); die Mehrzahl der Betriebe meldet aber eine gleichbleibende Beschäftigung, wobei besonders qualifizierte Arbeitskräfte nach wie vor nachgefragt werden. Abgesehen von den herkömmlichen Ersatzinvestitionen finden aktuell verstärkte Investitionen in den Aufbau neuer Produktionslinien im Pkw Bereich sowie für ein neues Prüfzentrum für Dieselmotoren statt.

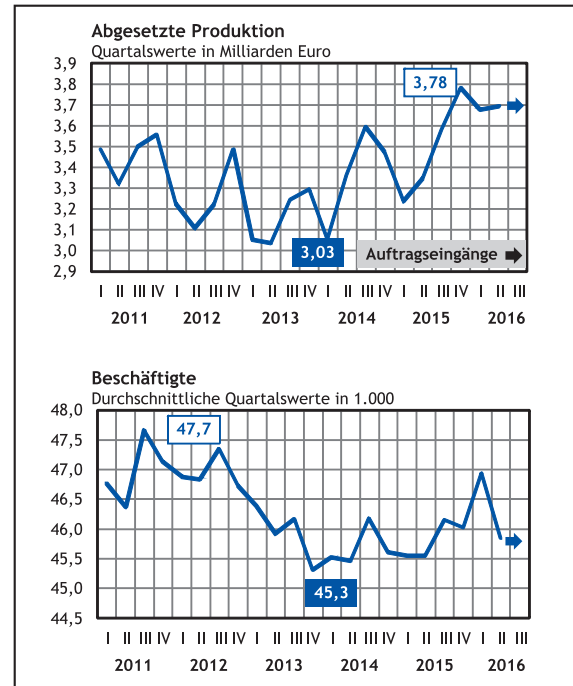
Maschinen-, Metallwaren- und Gießereiindustrie



Nachdem es in den letzten Jahren in der Maschinen- und Metallwarenindustrie praktisch kein Wachstum gegeben hat, scheint es sich für heuer doch auszudehnen: Im ersten Halbjahr ist die Branche nur minimal gewachsen, nach Aussagen der Unternehmen im Konjunkturtest soll es zu Beginn des zweiten Halbjahres eine positive **Produktion**sentwicklung gegeben haben. Momentan verlangsamt sich das Wachstum wieder, für die nächsten Monate wird ein minimaler Zuwachs vorhergesagt. Die Auftragsbestände sind zurückgegangen. Das zweite Halbjahr entwickelt sich insgesamt - mit einem leichten Wachstum - somit besser als gedacht. Die Metallwarenerzeuger erwarten in den nächsten Monaten eine leicht steigende Produktion, im Maschinenbau rechnen die Unternehmen mit leicht sinkender Produktion.

Die Branche ist einmal mehr von der Entwicklung bei den **Exporten** abhängig. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Auslandsmärkte angesichts geringer Inlandsnachfrage nicht nur immer wichtiger werden, sie haben den Binnenmarkt hinsichtlich der Bedeutung für die Branche schon hinter sich gelassen. Die Exporte sind im Vergleich zum letzten Jahr wieder leicht gestiegen, im zweiten Halbjahr dürfte das Plus bei rund 2% liegen. China und Frankreich zeigen besonders hohe Zuwächse im Jahresvergleich. Generell wandern die Märkte, in denen Wachstum zu erwarten ist, immer weiter in die Ferne. An den Metallbörsen steigen momentan die Notierungen wieder etwas, dies lässt regional auf höheres Industriewachstum und somit steigende Nachfrage schließen.

Elektro- und Elektronikindustrie



Die verhaltene Konjunktorentwicklung im EU-Raum und das gute Wachstum der Weltwirtschaft sind die prägenden Rahmenbedingungen für die österreichische Elektro- und Elektronikindustrie im Jahr 2016: Die insgesamt derzeit gute internationale Wirtschaftslage trägt zu einer positiven Entwicklung in der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie bei. Die Konjunktur der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie war auch in der zweiten Jahreshälfte 2016 - nach einer bereits guten Entwicklung im ersten Halbjahr - von spürbaren Wachstumsimpulsen bestimmt. Die **Produktion** konnte im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahreszeitraum kräftig ausgeweitet werden, im zweiten Halbjahr 2016 war die Situation bei Produktion und **Auftragslage** weiterhin gut, die meisten Sparten konnten ihr Produktionsergebnis steigern.

Für einige Sparten der Elektro- und Elektronikindustrie hat sich die Nachfrage am Inlandsmarkt leicht erholt, andere Sparten leiden unter der verhaltenen Nachfrage. Aufgrund der guten internationalen Konjunkturentwicklung am Weltmarkt sind die **Exporte** von Elektrotechnik- und Elektronikprodukten im Jahr 2016 wieder gewachsen.

Die Beschäftigtenzahl der Elektro- und Elektronikindustrie war im zweiten Halbjahr 2016 leicht steigend, das von den Firmen der Elektro- und Elektronikindustrie eingesetzten Fremdpersonal ist hoch, die Kapazitätsauslastung ist gestiegen.



Mörk A., Schneider H.W. (Hrsg.)

**Industriebuch 2016 des Industriewissenschaftlichen Institutes
Industriewissenschaftliches Institut (IWI), Wien, März 2016
ISBN 978-3-901978-15-9, 254 Seiten**

Die Industrie Österreichs tritt heute als hoch produktiver Wirtschaftssektor auf, der sich für einen großen Teil des heimischen Wohlstands verantwortlich zeigt. Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zeigen eindrücklich, wie wichtig eine starke und intakte industrielle Basis für Österreich ist. Gleichzeitig stehen die Industrieunternehmen vor großen Herausforderungen - seien es die verschärfte internationale Konkurrenz, die teils zurückhaltende konjunkturelle Entwicklung oder grundlegende Änderungen der Entwicklungs- und Produktionsprozesse.

Vor diesem Hintergrund ist es für Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung unerlässlich, ein möglichst klares und umfassendes Bild über die Struktur, Dynamik und Zukunft der Industrie zu haben. Das jüngst erschienene Industriebuch 2016 des Industriewissenschaftlichen Institutes setzt hier an und zeigt ausführlich, wie das Informationszeitalter die Industrie verändert, welche Rahmenbedingungen für Industrieunternehmen entscheidend sind und welche zentrale Rolle die Industrie für Wertschöpfung, Beschäftigung und Wohlstand hat.

Das Kompendium bietet dabei zweierlei: Im Rahmen eines qualitativen Diskurses werfen ausgewählte Experten ein fachkundiges Licht auf gegenwärtige Entwicklungen, Trends und Herausforderungen zukünftiger Produktionsprozesse. Den Hintergrund der Erörterungen bilden dabei die grundsätzlichen Fragen, wie die Industrie der Zukunft funktioniert bzw. welches industriepolitische Umfeld sie benötigt.

Dem folgend bildet eine präzise und auf aktuelle Daten beruhende Darstellung der Struktur und Entwicklung der Industrie Österreichs einen weiteren Kern der Publikation. Ziel dieses Schwerpunkts ist es, die Industrie Österreichs anhand von Zahlen, Daten und Fakten zu charakterisieren. Über eine Vielzahl statistischer Betrachtungen wird ein breites Spektrum volkswirtschaftlich bedeutender Kenngrößen diskutiert. Dabei stehen folgende Fragen im Mittelpunkt: Wo steht Österreichs Industrie heute und wie hat sich die Industrie Österreichs in den letzten Jahren entwickelt?

Besonders Augenmerk wird auch auf die Rolle von Wertschöpfungsketten und das Zusammenspiel der vielen kleinen- und mittleren Unternehmen (KMU) mit internationalen Leitbetrieben gelegt. Zusammen stellen diese wichtige Knotenpunkte der Innovations- und Wirtschaftsdynamik dar und bilden international wettbewerbsfähige Produktionsnetzwerke. Von der Industrie gehen so auch starke Spillover-Effekte auf andere Sektoren aus und nach wie vor initiieren die betreffenden Unternehmen einen Großteil der Innovationen, sowohl auf der Produkt- als auch auf der Fertigungsebene.

Ein umfassender Tabellenband zu den wichtigsten Kennzahlen und kompakte Factsheets über die einzelnen Industrie-Fachverbände runden das Industriebuch 2016 ab.

Für all jene, die sich mit industriewissenschaftlichen Belangen beschäftigen, bietet das „Industriebuch 2016 des Industriewissenschaftlichen Institutes“ nicht nur eine interessante Lektüre sondern vor allem ein unverzichtbares Nachschlagewerk.

